



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

LIBERALE MENSCHEN- RECHTS- ARBEIT

2022



A black and white photograph showing a group of diverse people, including children and adults, smiling and laughing together. The scene is set outdoors with trees and a building visible in the background.

“Unsere Menschenrechtsarbeit verfolgt das Ziel, Individuen und Gruppen über ihre Rechte aufzuklären und zu deren Verteidigern und Verteidigerinnen auszubilden.

— **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,**
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
und Bundesministerin a. D.

DIE INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSARBEIT DER FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT 2022



In über 60 Ländern fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Menschenrechte und unterstützt Organisationen und Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerrinnen, die sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Einen Einblick in die Liberale Menschenrechtsarbeit der Stiftung im Jahr 2022 bietet dieser Bericht.



Liebe Leserinnen und Leser,

am 24. Februar 2022 hielten viele Menschen den Atem an. Die Welt blickte nach Europa: einem Teil der Welt, in dem Frieden nahezu als selbstverständlich angenommen und die Selbstbestimmung der Völker als gesichert wahrgenommen wurde. Putin zerstörte dieses Bild mit seinem aggressiven, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, das russische Militär und unterstützende Kämpfertruppen verüben seither täglich massenhaft Gewalttaten gegen das ukrainische Volk. Berichte aus vielen Orten wie zum Beispiel Butscha im April 2022 sind Zeugnisse massiver Menschenrechtsverletzungen. Verbrechen wie der Entzug der lebensnotwendigen Grundversorgung oder die Zerstörung der zivilen Infrastruktur müssen deutliche Konsequenzen seitens der internationalen Staatengemeinschaft und auch nationaler Gerichte nach sich ziehen.

Gerhart R. Baum und ich haben bereits im April eine umfangreiche Strafanzeige mit vielen Belegen gegen die Mitglieder des russischen Sicherheitsrats und gegen die Verantwortlichen in den Kommandostrukturen des russischen Militärs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingereicht. Es ist angesichts dieser unvorstellbaren Völkerrechtsverstöße die Stunde des Völkerstrafrechts. Es muss eine klare Antwort durch intensive Ermittlungen und Strafverfolgung an die Aggressoren und Täter dieses massiven Völkerrechtsbruchs sein. Der Ukraine-Krieg ist nicht die einzige menschenrechtliche Herausforderung.

Einen Eindruck über die liberale Menschenrechtsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2022 erhalten Sie im Folgenden. Der Einsatz für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte ist häufig unbequem, langwierig und gefährlich. In vielen Ländern gehören gravierende Menschenrechtsverletzungen zur Tagesordnung und Menschen leiden unter Diskriminierung und Unterdrückung, Ungewissheit und Angst. In vielen Ländern, darunter Venezuela, ist die Qualität der schulischen Bildung mangelhaft; in Südafrika setzen Whistleblower ihr Leben aufs Spiel, um Demokratinnen und Demokraten Informationen zu liefern. Im Libanon werden Mitglieder der LGBTQI+ Gemeinschaft verurteilt und ausgegrenzt. Frauen werden zwangsverheiratet, dürfen ihre Meinung nicht frei äußern und werden im gesellschaftlichen Leben bewusst benachteiligt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat es sich zum Ziel gesetzt, Menschenrechte nicht nur einzufordern, sondern sich aktiv für deren Umsetzung und Verteidigung einzusetzen. In über 60 Ländern fördert die Stiftung NGOs sowie Menschenrechtsaktivistinnen und –aktivisten in ihren Menschenrechtsprojekten. Dazu gehören beispielsweise Kunst- und Filmfestivals, die zu Debatten über Freiheit und Vorurteile anregen sollen, Kampagnen zum sicheren Whistleblowing, Workshops zum internationalen Schutz der Menschenrechte und Empowerment-Programme für Frauen und junge Mädchen. Unsere Menschenrechtsarbeit verfolgt das Ziel, Individuen und Gruppen über ihre Rechte aufzuklären und zu deren Verteidigern und Verteidigerinnen auszubilden. Mehr Menschenrechtsverteidiger und –verteidigerinnen müssen in die Lage versetzt werden, selbst unter oftmals schwierigen Umständen für ihre Rechte, Freiheit und Gerechtigkeit einzutreten.

„Freiheit ist nicht umsonst [...]. Wenn wir stumm bleiben, sterben wir ganz langsam, ohne Würde. Werden wir laut, wissen wir wenigstens, dass wir uns gegen die Unterdrückung zur Wehr gesetzt haben.“ So drückt es Masih Alinejad aus. Die iranisch-amerikanische Journalistin hat sich dem Kampf für Freiheit und eine bessere Zukunft verschrieben. Wir sehen es als unsere Aufgabe, sie und andere Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen darin bestmöglich zu unterstützen.

Ich wünsche Ihnen neue Erkenntnisse und Motivation für die Menschenrechtsarbeit beim Lesen des Berichts.

Mit freundlichen Grüßen,



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
und Bundesministerin der Justiz a. D.

INHALT

04 VORWORT

- 05 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

08 RECHT UND VERANTWORTLICHKEIT

- 10 Strafanzeige gegen Vladimir Putin wegen Verletzungen des Völkerstrafrechts
- 11 China – Verletzungen der Menschenrechte in Xinjiang: Wie China die Uiguren unterdrückt
- 12 Mexiko – Richtlinien für die technologische Transformation in der Justizverwaltung
- 13 Human Rights Defenders – Anwältinnen und Anwälte
- 14 Venezuela – Förderung demokratischer Werte und Verteidigung der Menschenrechte
- 15 Indien – Zum Tode verurteilt

16 MEINUNGSFREIHEIT UND DIE MEDIEN

- 18 Myanmar – Offenes Mikro
- 19 Philippinen – Tambay! Die Vodcast-Serie
- 20 Polen und Ungarn – Die Unabhängigkeit der Medien im ländlichen Raum
- 21 Türkei – Fotowettbewerb „Meinungsfreiheit im Schatten der Pandemie“
- 22 Russland – Youtube und globale Plattformen
- 23 Südafrika – Whistleblower in Afrika schützen

24 TOLERANZ FÜR DIVERSITÄT

- 26 Ungarn und Polen – Bekämpfung von Geschlechts spezifischer und Lgbtqi+ Feindlichkeit
- 27 Libanon – Dokumentarfilm über die Dragqueens-Gemeinschaft
- 28 Indien – „Born With Pride“: Visueller Kunstwettbewerb
- 29 Pakistan – Öffentliche Räume Gendergerecht machen

30 FRAUENRECHTE

- 32 Tansania – Traditionen hinterfragt: Gesellschaftliche Normen bei den Massai-Frauen
- 33 Rumänien – Frauenanteil in der Rumänischen Politik
- 34 Moldavien – #Befree Fest: Mit Kunst zur Freiheit
- 35 Europa – Internationale Kampagne „Female Forward“: Gleichstellungsbericht
- 36 Subsahara-Afrika – Let's Talk Human Rights!
- 16 Tage Aktivismus mit Barbara Itungo Kyagulanyi
- 37 Iran – Interview mit Masih Alinejad

38 WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

- 40 Südostasien – Umwelt und Arbeit: Ein Leitfaden zur Einhaltung der Menschenrechte
- 41 Sri Lanka – Stärkung der Menschenrechte durch Lieferketten
- 42 Ecuador – Politische Ökonomie und Menschenrechte im Fokus

44 RECHT AUF MENSCHENRECHTSBILDUNG

- 46 Mali – Schutz der Menschenrechte
- 47 Senegal – Stärkung der Menschenrechte
- 48 Indonesien – Öffentlicher Dienst und Gefängnisverwaltung
- 49 Thailand – Microsite zum internationalen Zivilpakt bürgerliche und politische Rechte spielerisch erlernen
- 50 Türkei – Sommerschule „Internationaler Schutz und Geflüchtete“
- 51 Europa – Wählerinnen und Wähler ohne Grenzen – Eine französische Testwahl
- 52 Impressum und Bildnachweise



Videos, Podcasts und weitere Artikel
finden Sie online unter
www.menschenrechte.freiheit.org

NO JUSTICE
NO PEACE

RECHT UND
VERANTWORTLICHKEIT

- 10 **STRAFANZEIGE**
GEGEN VLADIMIR PUTIN
WEGEN VERLETZUNGEN
DES VÖLKERSTRAFRECHTS
- 11 **CHINA**
VERLETZUNGEN DER MENSCHEN-
RECHTE IN XINJIANG:
WIE CHINA DIE Uiguren
unterdrückt
- 12 **MEXIKO**
RICHTLINIEN FÜR DIE TECHNO-
LOGISCHE TRANSFORMATION
IN DER JUSTIZVERWALTUNG
- 13 **HUMAN RIGHTS DEFENDERS**
ANWÄLTINNEN UND ANWÄLTE
- 14 **VENEZUELA**
FÖRDERUNG DEMOKRATISCHER
WERTE UND VERTEIDIGUNG
DER MENSCHENRECHTE
- 15 **INDIEN**
ZUM TODE VERURTEILT

STRAFANZEIGE

GEGEN VLADIMIR PUTIN

WEGEN VERLETZUNGEN

DES VÖLKERSTRAFRECHTS

Es gibt unstrittige Beweise dafür, dass der Angriff Russlands gegen die Ukraine ein Verstoß gegen das Völkerstrafrecht sowie gegen die Genfer Konventionen 1949 und somit ein Kriegsverbrechen sowie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Nationale und internationale Institutionen sowie zahlreiche Organisationen und Personen sammeln und sichern derzeit vor Ort Beweise.

Am 6. April 2022 haben **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung und Bundesministerien a.D., und **Gerhart R. Baum**, Bundesminister a.D., eine Strafanzeige gegen Vladimir Putin beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingereicht. Diese Strafanzeige geht einen erheblichen Ermittlungsschritt weiter als bisherige Anzeigen.

Die internationale Zuständigkeit der deutschen Strafjustiz ergibt sich aus § 1 Satz 1 Völkerstrafgesetzbuch. Die bereits angekündigten und inzwischen aufgenommenen Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) stehen dem nicht entgegen, da diese Zuständigkeit des IStGHs subsidiär zu der des verantwortlichen Staates ist.



„Dass hilflose Menschen auf der Flucht getötet werden, war für mich ein Auslöser für die Arbeit an der Strafanzeige.“

Sabine Leutheusser Schnarrenberger im Interview mit Legal Tribune Online, 12. April 2022



„Im Kampf gegen den Aggressor gilt das Recht auch als eine Waffe. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und ich haben in diesem Sinn das seit 2002 geltende deutsche Völkerstrafrecht genutzt. In einem umfangreichen Dossier haben wir Gräueltaten etwa in Mariupol und Butscha erfasst.“

Gerhart R. Baum auf der Pressekonferenz

Zudem nennt die Strafanzeige erstmals konkrete Verantwortliche auf allen Kommandoebenen für die im Detail beschriebenen bis dato bereits begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf dem Territorium der Ukraine. Neben den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates mit seinem Vorsitzenden Vladimir Putin werden Befehlshaber der russischen Streitkräfte und Angehörige verschiedener Einheiten der Streitkräfte benannt. Die Strafanzeige ist ein wichtiger Schritt, internationale Rechenschaft für Verbrechen gegen das internationale Strafrecht umzusetzen.

Lesen Sie die Strafanzeige an den Bundesgerichtshof.



CHINA

VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE IN XINJIANG: WIE CHINA DIE UIGUREN UNTERDRÜCKT

Im März 2022 veröffentlichten die internationalen Medien die „Xinjiang Police Files“. Die gehackten Dokumente beschreiben die grauenvolle Realität der Umerziehungslager in Chinas westlicher Provinz Xinjiang.

Es ist das größte Leak, das bisher bekannt und kurz vor dem Besuch der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, in der Region Xinjiang veröffentlicht wurde. Wir haben Anna Marti, Büroleiterin des Global Innovation Hub Taipei und Vanessa Steinmetz, Projektassistentin im Regionalbüro Südost- und Ostasien, im Gespräch zu den Leaks befragt.

Hier lesen Sie ein Auszug aus den drei wichtigen Fragen, die im Podcast diskutiert wurden:

Die Xinjiang Police Files wurden am 24. Mai 2022 enthüllt. Was sagen sie uns?

Vanessa Steinmetz: Das Material besteht aus drei Teilen. Der erste Teil enthält 2.800 traurige und erschütternde Bilder von Gefangenen, die direkt in die Kamera schauen. Ein Bild, das um die Welt ging, zeigt eine Frau mit Tränen in den Augen. Der zweite Teil enthält Dokumente mit Informationen zu den Gefangenen sowie Anweisungen an die Lagerwachen. Aus ihnen geht hervor, dass im Falle eines Fluchtversuchs ein Schießbefehl erteilt wurde. Der dritte Teil besteht aus Niederschriften der Reden von Partefunktionären.

Die Dokumente erläutern außerdem, warum Personen inhaftiert wurden. Welche Gründe werden dort genannt?

Anna Marti: Ein absurd Beispiel ist der Fall eines jungen Mannes, der unerlaubt in einem Fitnessstudio trainierte. In Xinjiang stehen darauf 10 Jahre Gefängnis. Es geht also keinesfalls darum, Kriminalität zu bestrafen. Sondern vielmehr darum, Personen einzusperren und sie zu „guten Han-Chinesen“ umzuerziehen.



Foto aus dem
Tekes County Gefängnis

Vanessa Steinmetz: Ein Bild zeigt einen 16-jährigen Jugendlichen, in dem er als „emotional instabil und gestört“ beschrieben wird. Das ist vollkommen abwegig. Der Vorwand der Inhaftierungen lautete stets, dass Terrorismus bekämpft werden soll. Aus den geleakten Dokumenten kann dies allerdings keineswegs nachgewiesen werden.

Was sollte mit Blick auf die Zukunft auf internationaler oder europäischer Ebene als Antwort auf die Leaks geschehen?

Anna Marti: Es wäre schön zu sehen, dass Aktivitäten vollzogen werden, die über den Ausdruck von Erschütterung hinausgehen. Sobald es um deutsche Sanktionen oder die Frage geht, wie stark sich Deutschland weiterhin ökonomisch an China binden will, wird es schnell still. Und Sanktionen auf EU-Ebene sind schwierig, weil sie von Ländern wie Griechenland, Ungarn, Malta oder Zypern häufig blockiert werden. Was ich mir darüber hinaus noch wünschen würde? Gesetze für Lieferketten und Menschenrechte. Auch deutsche Unternehmen haben eine Verantwortung. Meines Erachtens ist es wichtig, dass sie dies zugestehen.



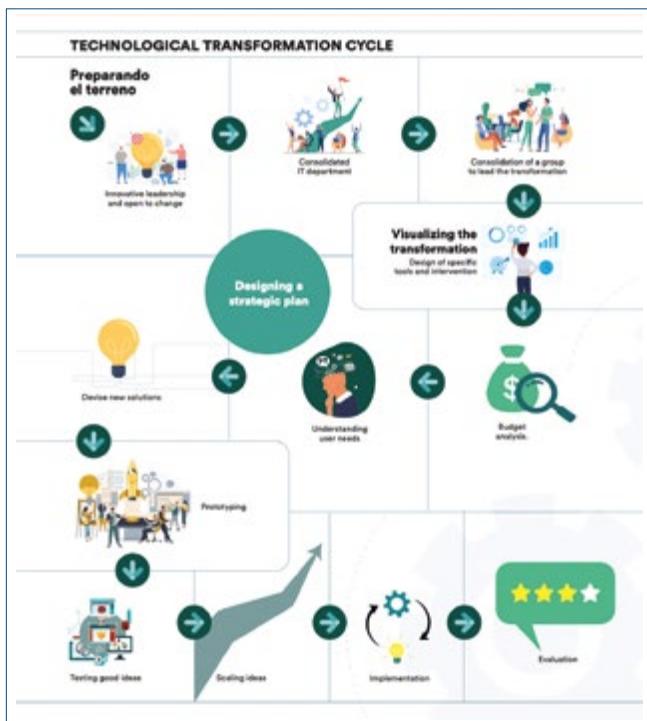
Scannen Sie den QR-Code,
um den Podcast zu hören.



MEXIKO

RICHTLINIEN FÜR DIE TECHNOLOGISCHE TRANSFORMATION IN DER JUSTIZVERWALTUNG

Die COVID-19-Pandemie hat das mexikanische Justizsystem massiv beeinträchtigt. Viele öffentliche Dienststellen und Gerichte mussten ihre Aktivitäten vor Ort einstellen. Das Gerichtswesen auf der ganzen Welt sah sich folglich gezwungen, technologische Alternativen zu suchen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.



Obwohl einige Gerichte in Mexiko bereits mit der Digitalisierung begonnen hatten, sahen sie sich mit Widerständen bei Klägerinnen und Klägern sowie Nutzerinnen und Nutzern konfrontiert. Durch die Pandemie gingen Klientinnen und Klienten und damit auch wirtschaftlichen Ressourcen verloren, was Rechtsanwältinnen und -anwälte dazu zwang, die erwähnten technologischen Tools zu ergreifen, um sich an die neue Realität anzupassen und ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Nach nun zweieinhalb Jahren steht die Justiz noch immer vor Herausforderungen. Hierzu gehören fehlende Mittel, schlechte Planung, mangelnde Unterstützung von Schlüsselakteuren sowie fehlende Kenntnisse im richtigen Umgang mit der neuen Technologie. México Evalúa, ein politischer Think Tank in Mexiko, brachte in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Mexiko die ersten Richtlinien für die technologische Transformation in der Justizverwaltung heraus (Guidelines for Technological Transformation in the Administration of Justice). Ziel der Richtlinien ist es, der Justiz bewährte Praktiken an die Hand zu geben und so die Nutzung digitaler Tools im Gerichtswesen zu verbessern.

In den „Guidelines for Technological Transformation in the Administration of Justice“ wird festgelegt, dass digitale Tools Lösungen bieten müssen, die über die Automatisierung oder Nachbildung bestehender Verfahren hinausgehen. Die neuen Verfahrensweisen sollten die Struktur und die Ausführung der Verfahren neu gestalten. Dies erfordert eine aufgeschlossene, innovative und strategische Führung sowie die Unterstützung verschiedener wichtiger Stakeholder – wie u. a. die von konsolidierten Innovations- und Technologieabteilungen, Justiz- und Verwaltungsbeamten und -beamten, Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber, Gemeindeleiterinnen und -leitern sowie Rechtsexpertinnen und -experten – die unterschiedliche Perspektiven anbieten können.

HUMAN RIGHTS DEFENDERS

ANWÄLTINNEN UND ANWÄLTE

Ein Kampf für demokratische Werte und Menschenrechte. Auf der einen Seite vorbildlich und tapfer. Auf der anderen Seite riskant und lebensgefährlich. Anwältinnen und Anwälte setzen sich weltweit für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Dabei begeben sie sich in größte Gefahr, werden in repressiven Regimen verfolgt, bedroht und gar verhaftet. Um auf die herausfordernden Alltagsrealitäten



von Menschenrechtsverteidigenden aufmerksam zu machen, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) die Publikationsreihe „Die Human Rights Defenders“ ins Leben gerufen. Der Bericht wird mit einem spezifischen thematischen Fokus auf Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger veröffentlicht, wobei das Leben, die Geschichten, die Aufgaben, die Errungenheiten sowie die Herausforderungen der porträtierten Personen weltweit skizziert werden.

In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf Rechtsanwältinnen und -anwälten, Juristinnen und Juristen als Menschenrechtsverteidigende. Menschenrechtsanwältinnen und -anwälte spielen eine bedeutende Rolle für die Beseitigung und Behebung von Menschenrechtsverletzungen durch verschiedene Formen des Rechtsschutzes, z. B. durch Rechtsbeistand, Vertretung von Opfern, sinnvoller Zugang zur Justiz, usw.



„Ich kann mich nicht über Ungerechtigkeit in unserem Staat oder in unserer Gesellschaft beschweren, wenn ich nicht aufstehe und etwas dagegen tue.“

Hina Jilani, Pakistan

Dennoch sehen sie sich bei der Ausübung ihrer friedlichen und demokratiefördernden Tätigkeit oft enormen Schwierigkeiten gegenüber. Oftmals werden sie bedroht, ihnen wird die Zulassung entzogen, sie werden willkürlich verhaftet, ins Gefängnis oder ins Exil geschickt oder sogar ermordet.

Im Rahmen des prodemokratischen Ansatzes der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern konzentriert sich die Publikation auf Länder, in denen die FNF direkt oder indirekt über ihre Regional- und Projektbüros tätig ist. Ziel ist es, ein größeres Publikum auf regionaler und internationaler Ebene über die Situation der Menschenrechte zu informieren. Kritischen Fragen, die sich für Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger stellen, werden nicht ausgelassen.



**Zur deutschen Version
der Publikation.**



VENEZUELA

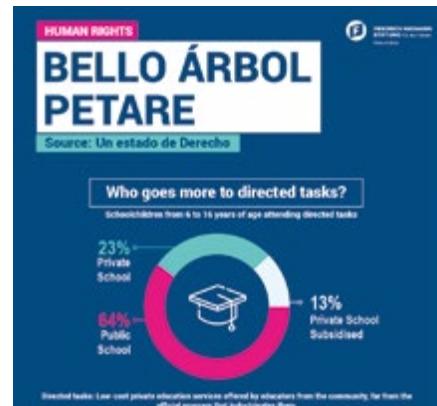
FÖRDERUNG DEMOKRATISCHER WERTE UND VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE

„El bello árbol Petare“ hinterfragt traditionelle Auffassungen der Menschenrechte: in einem Venezuela, das sich inmitten einer humanitären Krise befindet, in einem Stadtteil von Caracas, der das bevölkerungsreichste Viertel mit der höchsten Gewaltquote in Lateinamerika ist. „El bello árbol Petare“ fördert vor Ort das Menschenrecht auf Bildung.

Das Menschenrecht auf Bildung steht im Mittelpunkt der gemeinnützigen Bürgervereinigung „Un Estado de Derecho“ (UED). Durch Feldstudien versucht die Vereinigung herauszufinden, inwieweit die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteiles von dem Recht auf Bildung durch eigene Initiativen Gebrauch machen. Die UED stellte fest, dass 40 % der Schulkinder in diesem Viertel kostengünstige private Bildungsdienste von Pädagoginnen und Pädagogen aus der Gemeinde nutzen.



Durch die Förderung des Kurses über Bildungsfreiheit, „El bello árbol Petare“, leistete das Außenbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung einen wichtigen Beitrag zu dieser hochinteressanten Erkenntnis. In Folge der Beobachtung kontaktierte die UED zwischen Oktober und Dezember 2021 20 zentralen Bildungsakteurinnen und -akteure in Petare. Dazu zählten 14 unternehmerische Gemeindelehrkräfte und 6 kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger. Diese Petare-Aktivistinnen und Aktivisten wurden anschließend in Bildungskonzepten geschult.



Eine Analyse der Schülerinnen und Schülern an „Directed Task“

Zusätzlich zu den Untersuchungen der UED in Petare wurde in der kleinen Stadt Montalbán im Bundesstaat Carabobo, 220 Kilometer von der venezolanischen Hauptstadt entfernt, eine weitere Feldstudie eingeleitet. Die Resultate beider Studien – in Petare und in Montalbán – belegen das unaufhaltsame Entstehen spontaner und kostengünstiger Bildungskonzepte in breiten Teilen der Gesellschaft. Durch freiwillige Arbeit versuchen die ärmsten Menschen einer verarmten Nation das ineffiziente und ideologisierte staatliche Bildungssystem auszugleichen. Sie erarbeiten sich unabhängig von der Regierung effektive Lösungen, um die Qualität zu erzielen, die ihnen in der öffentlichen Bildung versagt bleibt.



Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte Maria-Montessori-Zentrum für Pädagogik

Die venezolanische akademische Vereinigung bewertet dieses Entstehen einer ungesteuerten Bildungsordnung und fragt zu Recht: Was kann getan werden, um diese neu entstehenden, hoffnungsvollen Formen des Selbstschutzes von Menschenrechten zu fördern? „El bello árbol Petare“ liefert hierzu bereits die ersten Antworten.

Schauen Sie sich Online
die komplette Publikation
„Deathworthy“ an.



INDIEN

ZUM TODE VERURTEILT

Eine Studie zur psychischen Gesundheit von Häftlingen in der Todeszelle

Sie sind vernachlässigt und missbraucht, von Ängsten geplagt und von der Gesellschaft verstoßen. Häftlinge, die auf der Todesbank sitzen, erfüllen häufig nicht das Stereotyp des aggressiven, empathielosen Straffälligen. In einer indischen Studie werden die verschiedenen Lebensgeschichten und sozialen Realitäten von 88 inhaftierten Straftäterinnen und Straftätern untersucht. Der Untersuchungsgegenstand lag auf den Lebenswegen sowie darauf, die Häufigkeit psychischer Erkrankungen, geistiger Behinderungen und mentaler Folgen des Todestraktes zu ermitteln.

Negative Kindheitserfahrungen: 48 Häftlinge wurden als Kind missbraucht, 64 vernachlässigt, 73 wuchsen in einem gestörten Familienumfeld auf und 46 hatten weniger als 10 Jahre Schulbildung. 73 Häftlinge waren 3 oder mehr negativen Kindheitserfahrungen ausgesetzt. Solche Erfahrungen sind Risikofaktoren für Gewalt und psychische Störungen im späteren Leben.

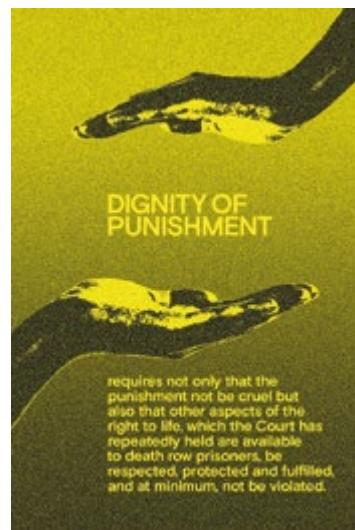
Psychische Erkrankungen: Bei 62,2 % der nicht zum Tode verurteilten Häftlinge wurde mindestens eine psychische Störung diagnostiziert. Unter den 88 Häftlingen waren die häufigsten psychiatrischen Krankheiten schwere depressive Störungen (30), generalisierte Angststörungen (19) und substanzbedingte Störungen (18). 6 wurden mit einer Psychose diagnostiziert. 17 waren kognitiv eingeschränkt. Bei 31,7 % wurde eine Doppeldiagnose gestellt und 9,75 % hatten 3 oder mehr komorbide psychische Störungen. 34 wurden als suizidgefährdet eingestuft; 8 hatten einen Suizidversuch hinter sich.

Geistige Behinderung: Bei 9 Häftlingen wurde eine geistige Behinderung festgestellt und über 75 % wiesen kognitive Defizite auf. Obwohl die Verhängung der Todesstrafe bei Menschen mit geistigen Behinderungen nach internationalem Recht verboten ist, wurde das Gericht bei diesen 9 Häftlingen nicht auf deren Behinderung aufmerksam gemacht. Das Gnadengesuch von drei dieser Häftlinge wurde vom Präsidenten abgelehnt.

Die psychischen Qualen der Todesstrafe: Soziale Isolation, Gewalt durch Strafvollzugsbeamten und -beamte, Diskriminierung aufgrund des Status als zum Tode Verurteilte und mangelnde Beschäftigung gehen mit psychischen Störungen einher. 94,1 % der suizidgefährdeten Häftlinge litten außerdem unter „death-row distress“ (psychische Belastung und negative Reaktionen, die im Zuge des Todesurteils und des Verbleibs im Todestrakt erlebt werden).

Qual als Strafe: Bei 60 % von den 88 interviewten Häftlingen wurde die Todesstrafe entweder umgewandelt oder sie wurden vom obersten Gericht freigesprochen. Von den 19 Häftlingen wurden 13 freigesprochen und bei 18 von den 33 Häftlingen, deren Strafe umgewandelt wurde, konnte mindestens eine psychische Störung diagnostiziert werden. Wenn wir Qual als Strafe hinnehmen, sind 60 % der Häftlinge völlig unnötig durch diese Qual gegangen.

Kriminelle auf ihre Straftaten zu reduzieren ist einfach. Mögliche Gründe dafür, warum sie Verbrechen begangen haben, sollen diese weder rechtfertigen, noch entschuldigen. Nichtsdestotrotz verlangt die Anti-Folterkonvention der Vereinten Nationen, die Indien unterschrieben aber noch nicht ratifiziert hat, die Wahrung der Menschlichkeit, individuelle Lebenserfahrungen sowie psychische und geistige Einschränkungen in die Urteilsentscheidung einzubeziehen. Gefangene im Todestrakt sollten nicht länger dehumanisiert werden, sondern als Individuen betrachtet und entsprechend behandelt werden.





MEINUNGSFREIHEIT UND DIE MEDIEN

- 18 **MYANMAR**
OFFENES MIKRO
- 19 **PHILIPPINEN**
TAMBAY! DIE VODCAST-SERIE
- 20 **POLEN UND UNGARN**
DIE UNABHÄNGIGKEIT DER MEDIEN
IM LÄNDLICHEN RAUM
- 21 **TÜRKEI**
FOTOWETTBEWERB
„MEINUNGSFREIHEIT
IM SCHATTEN DER PANDEMIE“
- 22 **RUSSLAND**
YOUTUBE UND
GLOBALE PLATTFORMEN
- 23 **SÜDAFRIKA**
WHISTLEBLOWER
IN AFRIKA SCHÜTZEN

Schauen Sie sich Online
den Bericht zur Veranstaltung an.



MYANMAR

OFFENES MIKRO

TEILE DEINE GESCHICHTE. ERMUTIGE ANDERE.



Viele Teilnehmende trugen Masken,
um anonym zu bleiben

Offener Dialog wird von der Gesellschaft in Myanmar nicht gefördert. „Seine Angelegenheiten für sich zu behalten“ gehört hier zur Kultur. Die eigene Erfolgsgeschichte zu teilen, wird als Angeberei erachtet. Über persönliche Probleme zu sprechen und darüber, wie man sie gar bewältigt hat, wird häufig als unnötig aufgefasst. Doch weniger zu sprechen, bedeutet weniger Verständnis füreinander. Weniger Mitgefühl für andere Betroffene bedeutet auch mehr Leid.

Um dieses Problem anzugehen, haben das Myanmar-Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNF) und „Call me Today“ – ein Start-up, das Hilfe bei Problemen mit der psychischen Gesundheit anbietet – eine Open Mic-Plattform gestartet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden eingeladen darüber zu berichten, wie sie Herausforderungen in ihrem Leben bewältigt haben. Die Erzählkunst ist das Mittel zur Förderung des Dialogs, zur Thematisierung gesellschaftlicher Herausforderungen und zur Veränderung verengter gesellschaftlicher Normen. Beispielsweise schildern die Teilnehmenden, wie sie mit gesellschaftlichem Stress umgehen, wie sie Stereotypen und soziale Normen überwinden oder wie sie geschlechtsbezogener Gewalt und Diskriminierung durch die Familie entkommen sind. Andere geben inspirierende Beispiele, die Frauen dazu ermutigen, ihre Lebensziele zu erreichen. Von den vielen mutigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben insgesamt 13 ihre Geschichte geteilt. Darunter sind folgende:

„Ich wurde in Shanghai von meiner eigenen Mutter verkauft. Sie tat dies, weil ich mich als LGBTQI+ geoutet hatte. Neben einer traumatischen Erfahrung mit meiner Familie hatte ich zusätzlich eine in meiner Beziehung. Es war für mich nicht einfach, mit diesen Traumata umzugehen, doch ich konnte sie im Laufe der Zeit überwinden. Ich möchte meine Geschichte teilen, um andere in einer ähnlichen Situation zu ermutigen.“



„Ich bin alleinerziehende Mutter. Die Gesellschaft blickte auf mich herab. Meine Familie schämte sich für meine Situation. Jetzt bin ich frei von all dem gesellschaftlichen und familiären Druck und bin eine erfolgreiche Autorin. Ich möchte meine Geschichte erzählen, um andere alleinerziehende Müt zu inspirieren.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in öffentlichem Reden und in der Erzählkunst geschult, aber auch von Mentalcoaches unterstützt. Gemeinsam werden nach jedem Vortrag die Erkenntnisse von Fachkundigen auf dem jeweiligen Gebiet erörtert und pragmatische Lösungen diskutiert, die anderen Betroffenen in ähnlichen Situationen helfen können.

PHILIPPINEN

TAMBAY! DIE VODCAST-SERIE

Tambay! (Hang Out!). Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Philippinen hat unter diesem Titel eine Reihe von Video-Podcasts gestartet. Gäste aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft wurden eingeladen, um über die drängenden Fragen im Land zu sprechen.

Der Vodcast richtet sich an junge Menschen, die möglicherweise noch nicht politisch aktiv sind, sich jedoch nach den jüngsten polarisierenden nationalen Wahlen für politische und gesellschaftliche Probleme sowie für die Menschenrechts-themen interessieren. Ziel ist es, das Interesse der Jugend für politische Angelegenheiten zu wecken, indem wir sie dort treffen, wo ihre Interessen liegen: in einem visuellen Format und im zwanglosen Gespräch.

In der ersten Folge geht es um die Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit Menschenrechts-verletzungen. Die Zuweisung von Verantwortlichkeit im Falle von Menschenrechtsverletzungen ist notwendig, um diese Menschenrechte tatsächlich durchzusetzen. In einem Rechtsstaat sollten alle staatlichen Systeme und ihre Träger rechenschaftspflichtig sein. Die erste Folge der Vodcast-Serie befasst sich daher mit der Frage, wie die Jugend auf den Philippinen Führungspersönlich-



**Talkrunde in der Vodcast-Folge:
„The One Leader Starterpack“**

keiten in ihrem persönlichen, beruflichen und politischen Leben wählt und zur Rechenschaft zieht. Diese Folge wurde parallel zu den landesweiten Wahlen 2022 aufgenommen. In der zweiten Folge haben junge Menschen aus verschiedenen Bereichen die Möglichkeit, sich darüber auszutauschen, wie sie trotz der Herausforderungen, die sich aus ihren persönlichen Erfahrungen und den Ergebnissen der nationalen Wahlen ergeben, aktiv werden können.

Die Vodcast-Serie bietet jungen Menschen die Möglichkeit, an einem Ort zusammenzukommen, Einblicke zu teilen und darüber zu sprechen, wie soziale Belange in den Vordergrund gerückt werden können. Es wurde ein Anstoß gestartet, um über Dinge zu sprechen, die ihnen wichtig sind.



**Talkrunde in der Vodcast-Folge:
„Push Pa Rin Besh! Bounce Back from Setback“**

Schauen Sie hier eine Vodcast-Folge
der Serie in englischer Sprache.



POLEN UND UNGARN

DIE UNABHÄNGIGKEIT DER MEDIEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Populistische und einseitige Berichterstattung: „den Medien“ wird viel vorgeworfen. Was ihnen jedoch genau vorgeworfen wird und wie die Medien bewertet werden, ist je nach politischer Ausrichtung und je nach Medium unterschiedlich. Der ungarische Think Tank „21 Research Centre“ und der polnische Think Tank „Projekt: Polska“ untersuchten die ländliche Medienlandschaft in beiden Ländern. Jeder Think Tank leitete zwei Fokusgruppen mit je sechs Teilnehmenden, die u. a. aufgrund ihrer politischen Einstellung ausgewählt wurden. Zusätzlich führten sie fünf Interviews mit Medien-experten und -expertinnen.

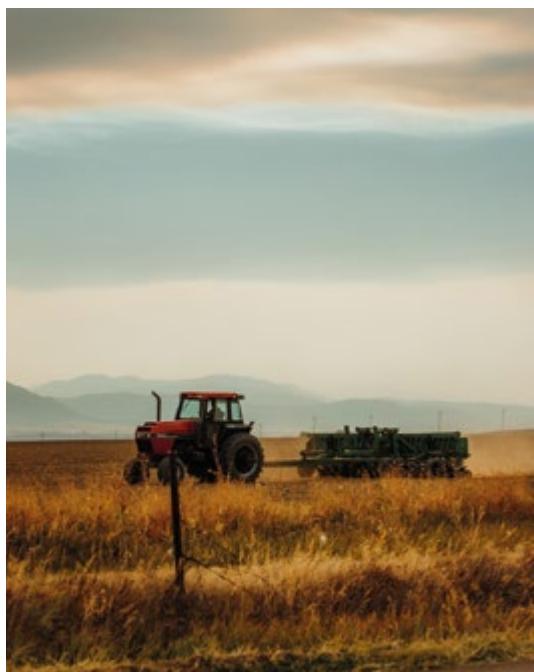


Die Analyse ergab, dass die meist genutzte Informationsquelle für Menschen auf dem Land in beiden Ländern das Internet ist. Das Fernsehen oder die Printmedien werden im Vergleich weniger genutzt. In Ungarn gaben die Regierungsanhängerinnen und -anhänger unter den Befragten an, dass sie ihre Informationen aus unterschiedlichen Quellen beziehen, selbst wenn diese Quellen nicht regierungstreue sind – auf die Oppositionsanhängerinnen und -anhänger unter den Befragten trifft dies nicht zu. Allerdings gab die Mehrheit zugleich an, den nationalen Medien nicht zu trauen, die als Budapest-zentriert beschrieben werden.

Mit Blick auf die Unabhängigkeit stellten die Teilnehmenden beider politischen Lager fest, dass der Großteil der Medien von der Regierung finanziert wird und daher nicht objektiv ist. In Polen ist die Situation in jedem politischen Lager unterschiedlich: während die Oppositionsanhängerinnen und -anhänger die polnischen Nachrichten zumeist als von der Regierung und der katholischen Kirche beeinflusst betrachten, glauben die Regierungsanhängerinnen und -anhänger, dass

beeinflusste Medien solche sind, die von Politikerinnen und Politikern sowie privaten Sponsorinnen und Sponsoren finanziert werden.

Expertinnen- und Experteninterviews in beiden Ländern kamen zu dem Schluss, dass lokale Journalistinnen und Journalisten gegen die Regierungspropaganda ankämpfen müssen. Die Experten betonten die Unterfinanzierung und den politischen Druck. Es besteht ein Bedarf an regierungsunabhängiger Finanzierung. In beiden Ländern stellen die öffentlichen Medien eine ernsthafte Bedrohung für lokale unabhängige Medien dar. Diesen ist es nicht gestattet, Interviews mit regierungsnahen Politikerinnen und Politikern zu führen. Außerdem platzieren die Werbeagenturen ihre Werbung lieber in regierungstreue Medien und graben somit den lokalen freien Medien so noch mehr das Wasser ab.



TÜRKEI

FOTOWETTBEWERB „MEINUNGSFREIHEIT IM SCHATTEN DER PANDEMIE“

Während der COVID-19-Pandemie themisierte die „Human Rights Academy“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Türkei die unterschiedlichen Folgen der Pandemie. Ein Bereich, in dem die Auswirkungen der Pandemie am stärksten zu spüren waren, war zweifellos die Meinungsfreiheit. Das lag in erster Linie am Verbot von Zusammenkünften und Demonstrationen sowie an der Einschränkung von Aktivitäten in öffentlichen Bereichen. Gezielt sollte die Aufmerksamkeit mit einem Fotowettbewerb im Frühling 2022 daher auf die Situation der Meinungsfreiheit gelenkt werden.



Protest der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter (2. Gewinner)

Fotojournalistinnen und -journalisten aus allen Regionen der Türkei haben mit insgesamt 200 Einsendungen teilgenommen. Eine Jury aus Repräsentantinnen und Repräsentanten der deutschen Auslandsvertretungen, des türkischen Verbands der Fotojournalistinnen und -journalisten, der Menschenrechtsorganisationen und der FNF wählten 20 Werke aus. Unter diesen gab es Dokumentationen von Polizeigewalt, von den monatelangen Protesten an der Bosphorus-Universität sowie Bilder zur Veranschaulichung der Isolation, die viele Menschen während der Pandemie durchlebten.

Das Gewinnerbild von Sedat Suna zeigt die Proteste des Gesundheitspersonals in Istanbul; der zweite Platz ging an Ozan Acidere, der die Proteste der Supermarktangestellten der Kette Migros dokumentierte; und den dritten Platz gewann Vedat Örütç, ebenfalls mit einem Bild einer Demonstration. Die Fotos wurden dem größeren Publikum auf Ausstellungen in der deutschen Botschaft in Ankara und im Generalkonsulat Istanbul präsentiert.



Proteste von Beschäftigten im Gesundheitswesen in Istanbul (1. Gewinner)

Der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio hielt auf beiden Veranstaltungen eine beeindruckende Eröffnungsrede, in der er über die Werte und Einschränkungen der Meinungsfreiheit reflektierte. Anschließend erörterten führende Vertretende der Zivilgesellschaft den Status quo der Meinungsfreiheit in der Türkei aus der Sicht der Wissenschaft, der NGOs, der Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten und der Medien. Eine Social Media-Kampagne veröffentlichte die Bilder und machte so auf den Zustand der Meinungsfreiheit während der Pandemie aufmerksam.



1. Mai im Schatten der Pandemie (3. Gewinner)

RUSSLAND

YOUTUBE UND GLOBALE PLATTFORMEN



Irina Borogan und Andrei Soldatov haben eine Vielzahl investigativer Recherchen und Bücher verfasst. Sie wurden insbesondere durch ihren Fokus auf Geheimdiensthemen bekannt. In dieser Publikation des Internationalen Journalisten- und Mediendialogprogramms (IJMD) beschreiben sie ein Phänomen, das so alt ist wie die Menschheit selbst und zugleich nichts an Aktualität verliert: der Kampf einer kleinen Gruppe gegen die Vorherrschaft von Hass und Gleichgültigkeit gegenüber der Freiheit. Journalistinnen und Journalisten sowie Aktivistinnen und Aktivisten stellen sich gemeinsam gegen die Tyrannie des russischen Machtapparats. Das Ziel lautet: Information gegen Propaganda, freier Zugang zu Bildung und das Recht auf die eigene Meinung gegen eine staatlich kontrollierte Weltsicht in einem Land, das von kriminellen Machtstrukturen regiert wird.

Die international verbreiteten Plattformen der sozialen Medien, die sich nicht von Putins Presseorganen kontrollieren lassen und teilweise genutzt werden, sind inzwischen zu einem offenen Kampfschauplatz geworden. Insbesondere in der Ukraine – aber auch in der virtuellen Welt der heutigen Nachrichtenverbreitung, Faktenprüfung und Podcasts – findet der Kampf um Russlands Zukunft statt. Der Versuch von unabhängigen russischsprachigen Medienschaffenden, dem Informationskrieg von Putin mit Qualitätsjournalismus entgegenzutreten, ist eine Chance für uns alle.

Die heimischen russischen Medien im Exil auf YouTube und anderen globalen Plattformen, die sich dem Angriffskrieg von Russland und Putins Imperialismus widersetzen, geben die Hoffnung auf ein besseres Russland nicht auf und gehen mit gutem Beispiel voran. Sie appellieren an ihre Landsleute, dem Regime nicht länger zu folgen, die Kriegsverbrechen zur Kenntnis zu nehmen und Putin mit zivilem Ungehorsam und Kriegsdienstverweigerung zum Rückzug zu bewegen. Borogan und Soldatov zeigen uns in der Publikation, wie und warum alles begann.



Die Studie
zum Download
finden Sie hier.

**RUSSLAND –
YOUTUBE UND
GLOBALE
PLATTFORMEN**

Eine neue Kampfzone für russische
Journalisten und Blogger

Andrei Soldatow und Irina Borogan

HERunterladen

SÜDAFRIKA

WHISTLEBLOWER IN AFRIKA SCHÜTZEN

Darüber sprechen oder nicht darüber sprechen? Als möglicher zukünftiger Whistleblower muss man sich fragen: Wie wird sich das auf meine Arbeit, meine Berufsaussichten und meine finanzielle Situation auswirken?

Wie wird dies meine körperliche und geistige Gesundheit, meine Sicherheit und die Sicherheit meiner Familie beeinträchtigen?

Auf dem afrikanischen Kontinent werden Whistleblower häufig ermordet oder ihr Leben verwandelt sich in einen Alptraum, wenn sie Informationen im öffentlichen Interesse enthalten. Es gibt in vielen Ländern keine Gesetzgebung, die Whistleblower schützt. Und selbst in Ländern, in denen eine solche Gesetzgebung existiert, ist diese meist völlig unzureichend und wird nicht adäquat vollstreckt. Gleichzeitig sind Demokratien grundsätzlich auf Whistleblower angewiesen, die Informationen enthalten, um Kriminalität, Korruption und Straffreiheit zu bekämpfen. Aber wie – ganz konkret und unmittelbar – können wir sie beschützen?

Angesichts der heiklen Realität für Whistleblower greift die Zivilgesellschaft ein, um Hilfe zu leisten. Es entstehen Organisationen wie die „Platform to Protect Whistleblowers in Africa“ (PPLAAF), die sich eigens dafür einsetzen, Whistleblower zu unterstützen und zu beschützen, deren Enthüllungen im öffentlichen Interesse geschehen. Whistleblower, die oft das Bedürfnis haben, das Richtige zu tun, könnten Gefahr laufen, ihre Enthüllungen zu überstürzen. Das ist zwar mutig, kann aber auch ungewollt gravierende Konsequenzen für sie herbeiführen.

In Kooperation mit PPLAAF hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) eine großangelegte und erfolgreiche Online-Kampagne gestartet, um potentielle Whistleblower – und die breite Öffentlichkeit – darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig sicheres Whistleblowing ist. Die Rücksprache mit Fachkräften der PPLAAF sollte schon weit im Vorfeld einer Enthüllung geschehen. Es ist wichtig, dass Whistleblower nicht allein und/oder unvorbereitet sind, wenn sie Informationen enthalten. Darüber hinaus halten die PPLAAF und die FNF strategische Workshops mit Journalistinnen und Journalisten sowie Anwältinnen und Anwälten ab, um sie besser darauf vorzubereiten, wie sie mit sensiblen Enthüllungen umgehen und Whistleblower schützen können.



**Der Artikel
in englischer Sprache
zum Download.**



A black and white photograph of a young woman with dark skin and curly hair, smiling and raising her arms in a joyful pose. She is wearing a denim jacket over a white t-shirt with a graphic design. The background shows a street scene with buildings and a large white tent.

**TOLERANZ
FÜR DIVERSITÄT**

- 26 **UNGARN UND POLEN**
BEKÄMPFUNG VON
GESCHLECHTSSPEZIFISCHER
UND LGBTQI+ FEINDLICHKEIT
- 27 **LIBANON**
DOKUMENTARFILM ÜBER
DIE DRAGQUEENS-GEMEINSCHAFT
- 28 **INDIEN**
„BORN WITH PRIDE“:
VISUELLER KUNSTWETTBEWERB
- 29 **PAKISTAN**
ÖFFENTLICHE RÄUME
GENDERGERECHT MACHEN

Das PDF ist
online verfügbar.



UNGARN UND POLEN

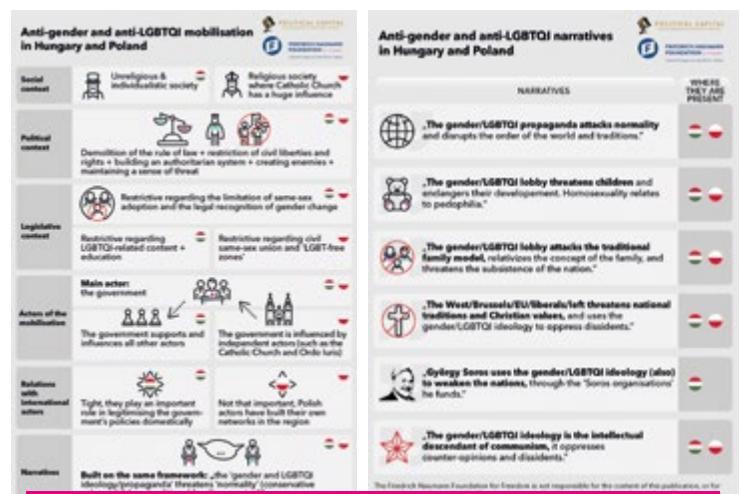
BEKÄMPFUNG VON GESCHLECHTS-SPEZIFISCHER UND LGBTQI+ FEINDLICHKEIT

Geschlechtsspezifische und LGBTQI+-Feindlichkeit ist in Ungarn und in Polen auf der politischen Agenda. Obwohl die Länder sehr verschiedene soziale Kontexte haben, ist die politische Situation sehr ähnlich: die Regierungsparteien haben die LGBTQI+-Gemeinschaft als Feindbild erkoren und mobilisieren die Bevölkerung.

Eine Untersuchung vergleicht die Strategien der relevanten Akteurinnen und Akteure zur Verstärkung der Hetze gegen die LGBTQI+-Gemeinde in beiden Ländern. Der Fokus liegt auf den politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Kontexten, den Narrative der Mobilmachung, den Akteurinnen und Akteuren sowie deren internationalen Netzwerken. Die ungarische Gesellschaft ist überwiegend nicht religiös und individualistisch, während in Polen die katholische Kirche einen großen Einfluss auf die Bevölkerung hat. Die Regierungsparteien in beiden Ländern – Fidesz in Ungarn und Law and Justice (PiS) in Polen – sehen ihr Land unter Beschuss eines Feindes namens „Geschlechts- und LGBTQI+-Ideologie/Propaganda“.



In beiden Ländern sind die Regierungsparteien die Hauptakteure hinter der LGBTQI+-feindlichen Mobilmachung. Die ungarische Fidesz unterstützt LGBTQI+-feindliche Bewegungen mit finanziellen Mitteln, organisiert Veranstaltungen, verabschiedet Maßnahmen, baut Partnerschaften auf und gründet neue Organisationen. Die PiS in Polen verfügt über die meisten Mittel zur Mobilmachung. Sie ist zudem stark von der katholischen Kirche und dem konservativen Think Tank Ordo Iuris beeinflusst.



Ein Vergleich der Anti-Gender und Anti-LGBTQI Erzählungen in Polen und Ungarn

Das Jahr 2015 war ein Wendepunkt in beiden Ländern. Zu diesem Zeitpunkt schwenkte die Fidesz extrem nach rechts und die PiS gewann eine Mehrheit im Parlament. Im Hinblick auf LGBTQI+-Rechte sind beide Länder gleichermaßen restriktiv in der Beschränkung von Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare und der rechtlichen Anerkennung von Geschlechtsumwandlungen. Polen ist allerdings noch restriktiver, wenn es um gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften geht, die in Ungarn seit 2009 legal sind, und hat in einigen Gemeinden sogenannte „LGBT-freie Zonen“ eingeführt. Dagegen ist Ungarn restriktiver in Bezug auf die LGBTQI+-inklusive Bildung von Minderjährigen.

Die geschlechtsspezifischen und LGBTQI+-feindlichen Narrative in beiden Ländern stellen die vermeintliche „Geschlechter- und LGBTQI+-Ideologie“ als Angriff auf die „Normalität“, die konservativen Werte und Familien, dar. Sie machen in erster Linie Linke, liberale Eliten, den Westen und die einheimische Opposition für die Verbreitung der angeblichen Propaganda verantwortlich.

Verbindungen zu internationalen Akteurinnen und Akteuren spielen eine zentrale Rolle in der Legitimierung der Fidesz-Politik. In Polen ist dies von geringerer Bedeutung, da das Land seine eigenen Netzwerke in Mittel- und Osteuropa aufbaut.

LIBANON

DOKUMENTARFILM ÜBER DIE DRAG-QUEENS-GEMEINSCHAFT

Beirut wurde schon immer als ein sicherer Hafen für Homosexuelle und Transsexuelle in der Region erachtet. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in den repressiveren arabischen Nachbarländern verfolgt wurden, fanden Zuflucht in der libanesischen Hauptstadt.



Beirut wurde schon immer als ein sicherer Hafen für Homosexuelle und Transsexuelle in der Region erachtet. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in den repressiveren arabischen Nachbarländern verfolgt wurden, fanden Zuflucht in der libanesischen Hauptstadt.

2017 war der Libanon das erste arabische Land, das eine Gay Pride Woche erlaubte. Diese wurde jedoch schon 2018 wieder von der Obrigkeit verboten. Jüngsten Studien zufolge lehnen 70 Prozent der Libanesinnen und Libanesen Homosexualität noch immer ab; Gewalt gegen Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft ist keine Seltenheit. Paragraph 534 des Strafgesetzes macht „sexuelle Handlungen den Naturgesetzen zuwider“ strafbar. Weitere Gesetze verschärfen die Verfolgung von

Menschen, die sich als LGBTQI+ identifizieren. Infolge der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft den Libanon in den letzten Jahren verlassen und die einst pulsierende Szene hat sich auf wenige sichere Orte reduziert. Darüber hinaus hat der politische Druck auf die LGBTQI+-Gemeinschaft weiter zugenommen: im Juli 2022 kündigte der Innenminister Razzien in populären Einrichtungen der Szene an.

Der Film thematisiert die zunehmenden Repressionen gegenüber der LGBTQI+-Gemeinschaft. Er wurde in Beirut produziert und handelt von zwei Dragqueens. Der Film folgt ihnen in ihrem täglichen Leben und erzählt von den Problemen die sich ihnen im Libanon stellen.

Dokumentarfilm über die Dragqueens-Gemeinschaft im Libanon mit englischen Untertiteln.





INDIEN

„BORN WITH PRIDE“: VISUELLER KUNSTWETTBEWERB

Viele Länder im südasiatischen Raum leiden immer noch unter den Gesetzen der Kolonialzeit, wonach Homosexualität ein „Verstoß gegen die Naturgesetze“ darstellt. In den letzten 10 Jahren hat die Region einige Fortschritte bei der Anerkennung der Rechte der LGBTQI+-Gemeinschaft gemacht. Die meisten Länder Südasiens machen nun Fortschritte bei der Garantie von Rechten im Hinblick auf die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität und -ausdruck (SOGI(E)). In der Gesellschaft besteht jedoch noch immer eine vorherrschende Ablehnung gegenüber Mitgliedern der LBTQI+-Gemeinschaft.

Um den Prozess der Anerkennung und Gleichstellung nicht nur im rechtlichen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich zu fördern, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Südasien im Jahr 2020 „Born with Pride“ ins Leben gerufen. Ziel dieses Projekts ist es, die Sichtbarkeit von Gemeinschaften aus südasiatischen Ländern zu erhöhen und eine internationale Plattform für den Dialog mit Expertinnen und Experten aus der Gemeinschaft zu bieten. In Anbetracht der durchweg positiven Resonanz wurde ein visueller Kunstwettbewerb organisiert, um die Gemeinschaft zu unterstützen. Die FNF hat Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft dazu eingeladen, den inneren Kampf zu schildern, den sie Tag für Tag durchleben. Von mehr als 50 Bewerbungen hat die aus drei Mitgliedern bestehende Jury die besten Beiträge ausgewählt und bewertet:

1. Platz: Awakening (Erwachen), von Ajay Mahato, Indien

„Um die Gesellschaft wach zu rütteln, müssen wir zuerst selbst erwachen. Mein Bild soll vermitteln, dass der Versuch, uns an gesellschaftliche Standards anzupassen, zu einem inneren Konflikt führt, der uns unglücklich macht. Das wirft eine wichtige Frage auf: Ist es das wert? Es besteht die Notwendigkeit, die Gesellschaft aufzuwecken und ihr Bewusstsein zu schärfen. Eines Tages wird sie erwachen und wird uns zur Seite stehen. Erweckt daher den Regenbogen, der die Dunkelheit vertreibt.“



2. Platz: Form of Discrimination (Formen der Diskriminierung), von Aaditya Rai, Nepal

„Ein Waise. Ein schwuler Mann mit einer Behinderung. Ein Brandopfer und Überlebender. Das bin ich. Dieses Werk ist eine Personifizierung dessen, der ich bin und was ich durchgestanden habe. In meiner Kindheit habe ich als Waise alle Formen der Tyrannisierung erlebt, wurde mit Spottnamen gerufen, sexuell belästigt und diskriminiert. Die rote Farbe symbolisiert Weiblichkeit, die Hand und die dunkle Körperfarbe stehen für meine physische Gestalt. Die verschiedenen Handpositionen stehen für die all die Einschränkungen, die ich in meinem Leben erfahren habe, und dafür, wie ich jede einzelne davon mit Stolz überwunden habe.“



3. Platz: Bodies Speak (Körper sprechen), von Rumi Harish, Indien

„Das Bild von Rumi erkundet Genderfluidität. Rumis Weg, von der Identifizierung als bisexuelle Frau hin zur Verwandlung in einen schwulen Trans-Mann, war ein Kampf und eine Reise des transfeministischen Aktivismus. Seine Bilder sind eine komplexe Mischung aus Symbolen, Farben, Körperperformen, Blumen, Blättern und Natur. Nachdem er mühsam bewiesen hat, dass „natürlich“ nicht unter den Begriff der sozialen Moral fällt, malt Rumi nun Geschichten der Transition und bringt die damit verbundenen Schmerzen und Freuden mit diesen Farben und Linien zum Ausdruck.“



PAKISTAN

ÖFFENTLICHE RÄUME GENDERGERECHT MACHEN

Platz 153 von 156 im Global Gender Gap Report 2021, Platz 164 von 167 im Index für Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Lebensumstände der Frauen in Pakistan sind prekär, und das tägliche Leben der weiblichen Bevölkerung ist von zahlreichen Widrigkeiten geprägt. Neben Belangen wie dem gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Gesundheitsfürsorge, Bildung und reproduktiven Rechten, steht geschlechtsspezifische Gewalt leider an der Spitze der Geschlechterungleichheit. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) berichtet über Pakistan: „Frauen leiden unter weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Gewalt, häuslicher Gewalt, Ehrenmorden, sexueller Gewalt und institutioneller Diskriminierung.“^[1]



Das neue Programm „Geschlechtersensible Botschaft“ wurde entwickelt, um vor allem Kinder im Grundschulalter zu erreichen. Diese Altersgruppe wird angesprochen, weil man davon ausgeht, dass das Arbeiten mit ihnen und das Anbieten von Kommunikationsinstrumenten und -modellen besonders fruchtbar sein wird und eine breite Sensibilisierung erreichen kann. Eine Reihe von beratenden Workshops mit Stakeholdern, die im Zuge des Projekts konzipiert wurden, hat zum Ziel, Pilot-Medien zur Kommunikation von geschlechtssensiblen Botschaften in einem pädagogischen Kontext für Kinder zu entwickeln. Dabei sollen vor allem Respekt und Akzeptanz für selbstbestimmte Geschlechtsidentitäten sowie die Findung ihrer Rolle in einer modernen Welt vermittelt werden. Das finale Design sieht eine „Illustrierte Ausgabe für Grundschulkinder“ vor, die zurzeit in Arbeit ist. Einer dieser beratenden Workshops hat bereits folgende Zielsetzungen eingeführt und berücksichtigt:

- **Identifikation von thematischen und strukturellen Wegen für die inhaltliche Gestaltung**
- **Entwicklung von Ideen für die visuelle Präsentation des Inhalts**
- **Erörterung von Wegen zur Schaffung einer größeren Ausrichtung für die Pilotmaßnahme**

Fachkräfte im Bereich der Visualisierung von Inhalten sowie Content-Entwicklerinnen und -Entwickler haben daraufhin einen interaktiven Dialog mit den Teilnehmenden darüber eröffnet, wie man Kinder auf dieser pädagogischen Grundschulebene am besten erreicht, um Botschaften mit visuellen Inhalten zu vermitteln. Pädagoginnen und Pädagogen, Illustrierende sowie Grafikdesignerinnen und -designer tauschen Ideen darüber aus, wie man Kinder unter Beibehaltung ihrer geistigen Entwicklungsstufe und im digitalen Zeitalter, in dem sie leben, prägen kann. Die Teilnehmenden teilten ihre Erfahrungen und sprachen über ihre eigenen Kindheitserlebnisse. Hierbei ging es um die Frage, welche Unterschiede zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozioökonomischen und kulturellen Hintergründen bestehen, um besser auf diese Unterschiede eingehen und Verbindungen zwischen den Kindern herstellen zu können.

Auf die Gesprächsrunden folgte eine Arbeitsgruppensitzung, in der die Teilnehmenden in Gruppen aufgeteilt und gebeten wurden, Geschichten zu entwickeln, die geschlechtssensible Botschaften vermitteln können. Im Anschluss präsentierten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse mit einer Reihe von Empfehlungen zur Weitergabe an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger.

[1] UNFPA Pakistan | Geschlechtsspezifische Gewalt



FRAUENRECHTE

32 **TANSANIA**

TRADITIONEN HINTERFRAGT:
GESELLSCHAFTLICHE NORMEN
BEI DEN MASSAI-FRAUEN

33 **RUMÄNIEN**

FRAUENANTEIL IN
DER RUMÄNISCHEN POLITIK

34 **MOLDAVIEN**

#BEFREE FEST:
MIT KUNST ZUR FREIHEIT

35 **EUROPA**

INTERNATIONALE KAMPAGNE
„FEMALE FORWARD“:
GLEICHSTELLUNGSBERICHT

36 **SUBSAHARA-AFRICA**

LET'S TALK HUMAN RIGHTS!
16 TAGE AKTIVISMUS MIT
BARBARA ITUNGO KYAGULANYI

37 **IRAN**

INTERVIEW MIT
MASIH ALINEJAD

TANSANIA

TRADITIONEN HINTERFRAGT: GESELLSCHAFTLICHE NORMEN BEI DEN MASSAI-FRAUEN

Hinter der nach außen sichtbaren Schönheit der lebendigen Massai-Tradition, der reichen Kultur und der klassischen Kleidung der Massai leben die Frauen in dieser Gemeinschaft häufig in Armut und leiden unter kulturellen Praktiken. Ein Massai-Mädchen gilt als eine Quelle des familiären Reichtums. Als „Eigentum ihres Vaters“, kann es einfach verheiratet und im Falle des Todes des Ehemanns als Erbe weitergegeben werden. Das Mädchen hat hierbei keinerlei Mitspracherecht und muss Männern gegenüber gehorsam und untertänig sein.

Noch immer üben die Massai die kulturelle Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung aus (female genital mutilation, FGM). Dies ist nicht nur eine massive Verletzung der körperlichen Unversehrtheit, sondern trägt auch wesentlich zur Verheiratung von Kindern bei. Die Genitalverstümmelung wird schon bei 11-jährigen Mädchen durchgeführt und hat nachweislich die Schikane durch Gleichaltrige und den Verlust des Selbstvertrauens der Opfer zur Folge. Die hohe Rate der Schulabbrücherinnen unter jungen Mädchen und der daraus resultierende Analphabetismus erhöhen die intergenerationale Armut und Geschlechterungleichheit.



Um diese Herausforderung anzugehen hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) zusammen mit der Kilimanjaro Women Information Exchange and Consultancy Organization (KWIECO) in 12 Schulen der Kilimandscharo-Region Klubs für Menschenrechte eingerichtet. Diese Klubs bestärken die jungen Mitglieder der Gesellschaft darin, Probleme der Geschlechterungleichheit anzugehen. Obwohl nur langsam Fortschritte bei der Einstellung der Gemeinschaft gegenüber Genitalverstümmelung gemacht werden, gibt es doch kleine Erfolge zu feiern. Das Projekt hat bei den teilnehmenden jungen Mädchen und Frauen zu einer deutlichen Steigerung im Gefühl der Würde und im Selbstbewusstsein geführt. Auch ist eine nennenswerte Änderung der Einstellungen gegenüber der frühen Verheiratung zu beobachten sowie ein Wandel in der Meinung über Genitalverstümmelung. Einige der Mädchen in diesen Klubs sind selbst zu Verfechterinnen von Menschenrechten geworden und haben sogar ihre Mütter mitgebracht, damit diese an den Aktivitäten der Klubs teilnehmen. Das Projekt hat Frauen darin bestärkt, ihre Stimme zu finden und für ihre Rechte zu kämpfen.



Die Studienergebnisse
in englischer Sprache
zum Download.



RUMÄNIEN

FRAUENANTEIL IN DER RUMÄNISCHEN POLITIK

Der Frauenanteil in der Politik ist im letzten Jahrzehnt zu einer Priorität der Europäischen Union und zu einem Schwerpunktthema auf der öffentlichen Agenda der europäischen Staatenfamilie geworden. Dies gilt allerdings noch nicht für Rumänien. Hier gleichen die Indikatoren für die politische Repräsentation von Frauen im Parlament, in der Regierung oder auf der Kommunalebene eher Ländern, die keine soliden demokratischen Traditionen besitzen, sondern hybride oder autoritäre Regime haben

Dem vom Weltwirtschaftsforum erstellten Global Gender Gap Report 2022 zufolge, steht Rumänien auf Platz 129 von 146 Ländern, wenn es um politisches Empowerment geht. Darüber hinaus belegt Rumänien mit einem Frauenanteil von lediglich 10 % in der Lokalpolitik den vorletzten Platz in Europa. Die Türkei bildet das Schlusslicht. Der europäische Durchschnitt liegt hingegen bei 29 %. Auch wenn der Frauenanteil im rumänischen Parlament in den letzten zwei Legislaturperioden leicht gestiegen ist, liegt er derzeit immer noch unter 19 %.

Ende 2020, als die erste liberale Regierung unter Florin Cîțu nur zwei weibliche Ministerinnen von insgesamt 20 Kabinettsmitgliedern zählte, ergriffen drei junge Politikerinnen (Roxana Vîlcu, Oana Duma und Alina Gîrbea) aus der liberalen Partei „Save Romania Union (USR)“ die Initiative und riefen innerhalb der Partei die Bewegung „Frauen in der Politik“ ins Leben. Zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) und dem Think Tank Expertenforum wurde eine Studie vorgelegt, die das Demokratiedefizit des Landes hervorhob.



Projektleiter Raimar Wagner mit den Initiatorinnen der Bewegung; v.l.: Roxana Vîlcu, Oana Duma und Alina Gîrbea

Im Anschluss wurden viele Veranstaltungen und öffentliche Debatten basierend auf dieser Studie organisiert.

Inzwischen erfreut sich die Initiative der vermehrten Unterstützung aus der Partei und der Gesellschaft. Erste Erfolge sind ebenfalls bereits sichtbar. Die Jugendorganisation der Partei führte auf ihrem Kongress im Juni 2022 eine 30 %-Quo- te für Frauen ein und einige Parteiniederlassun- gen sind gerade dabei, ähnliche Maßnahmen auf freiwilliger Basis einzuführen. Das Thema, Frauen in der rumänischen Politik, wurde im Oktober zusammen mit der Deutschen Botschaft und anderen politischen Stiftungen mit Vertretungen aller Parteien im Parlament erörtert, um es in die nationale Debatte aufzunehmen.



Die rumänische Senatspräsidentin, Anca Drăgu (Mitte), mit Senatorin Silvia Dinică und der Abgeordneten Oana Țoiu vom USR sowie Sorin Ioniță von der Denkfabrik Expert Forum.

MOLDAVIEN

#BEFREE FEST: MIT KUNST ZUR FREIHEIT

Hunderte kunstinteressierte Freiheitsaktivistinnen und -aktivisten besuchten im Oktober und November 2022 Chișinău. Dort wurde zum vierten Mal in Folge das International Festival of Contemporary Arts #BEFREE FEST gefeiert. Dieses Festival ist das bisher größte seiner Art; mit neun Kulturveranstaltungen unter der Teilnahme von Künstlerinnen- und Künstlergruppen aus Deutschland (Berlin), Österreich (Wien), Rumänien (Bukarest und Sibiu) und natürlich aus Moldawien (Chișinău). Während die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) zu Beginn der einzige Sponsor war, wird das Festival heute von einer Vielzahl verschiedener Partner, wie dem Goethe-Institut, dem Rumänischen Kulturinstitut, des UNHCR und der Österreichischen Botschaft, unterstützt.

#BEFREE ermöglicht eine Woche der Reflexion über Freiheit durch Kunst und ist eine Einladung, um #Kunst durch eine einzigartige Kombination aus #Theater, #Tanz, #Film und #Musik unter dem Motto #PowerOfFreedom zu feiern. Das Festival hinterfragt den aktuellen Stand der Dinge und die sozialen Muster mithilfe der Kunst. Wir glauben, dass Kunst der wahre Ausdruck von Freiheit ist. Kunst kann gesellschaftliche Vorurteile zerschlagen und die Botschaft vereinfachen, die wir vermitteln wollen. Kunst existiert über alle Unterschiede hinaus und kann Menschen zum Gespräch über die wahren Werte der Gesellschaft inspirieren.

Der Film "Blue Moon"
 folgt der psychologischen Reise einer jungen Frau in ihrem Prozess der Entmenschlichung. In dem Versuch, eine höhere Bildung zu erlangen und der Gewalt ihrer dysfunktionalen Familie zu entkommen, verwandelt sich Irina als Folge der subtilen Aggression, die sie erleidet, vom Opfer zum Aggressor. Eine zwiespältige sexuelle Erfahrung mit einem Künstler bringt sie dazu, gegen jede Form von Aggression zu kämpfen und ihr Ziel zu verfolgen, nach Bukarest zu fliehen.



Trotz des russischen Angriffskriegs in der Ukraine; trotz einer Zeit voller Einschränkungen durch die Pandemie, die, unter anderem, auch die Kulturlandschaft hart getroffen hat, will das Festival Mut, Hoffnung und Stärke vermitteln. Während der gesamten Veranstaltung sollte moralische Unterstützung für die Flüchtlinge aus der #Ukraine mobilisiert werden, die in großer Zahl zu allen stattfindenden Kulturveranstaltungen eingeladen waren.

Das Projekt ist als jährliche FNF-Veranstaltung in Moldawien konzipiert, um Künstlerinnen und Künstler im Kampf für Antidiskriminierung und Gleichberechtigung durch Theater, Film und Musik zusammenzubringen.

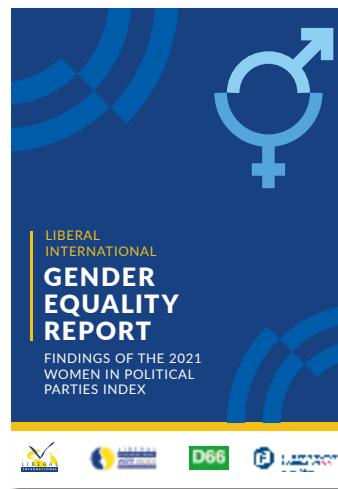
EUROPA

INTERNATIONALE KAMPAGNE „FEMALE FORWARD“: GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Ergebnisse des Index „Frauen in der Politik“

Wie kann an Schwachstellen gearbeitet werden, wenn unbekannt ist, wo diese liegen? Wie können Ziele erreicht werden, wenn unklar ist, was dafür getan werden muss?

Um einen umfassenden Überblick über die Gleichstellung von Frauen zu erhalten, und um klare Meilensteine zu setzen, hat der Weltverband Liberal International (LI) dieses Jahr zum zweiten Mal einen Gleichstellungsbericht veröffentlicht. Dieser Bericht präsentiert die Ergebnisse der „2021 Women In Political Parties“ (WIPP) Index-Umfrage, die von LI-Mitgliedsparteien ausgefüllt wurde. Der WIPP-Index ist ein Instrument, das vom LI mit der Unterstützung des Büros für Europäischen Dialog der Friedrich-Naumann-Stiftung entwickelt wurde. Es soll Mitgliedern helfen herauszufinden, wo und wie sie Diversität und Integration innerhalb ihrer Parteistrukturen verbessern können. Die in der Umfrage gestellten Fragen befassen sich mit Themen wie dem Anteil von Frauen in den Parteien im Parlament oder den innerparteilichen Mechanismen zur Förderung der Gleichstellung.



Die Broschüre zum Download finden Sie [hier](#).

Der neue Bericht präsentiert einige ermutigende Entwicklungen. Zum Beispiel berichtete ein Drittel der teilnehmenden Parteien, eine Parteivorsitzende zu haben, was ein wesentlich größerer Anteil ist als im Jahr 2020. Der Bericht zeigt auch, dass der Frauenanteil im Parlament bei den teilnehmenden Parteien etwas über dem globalen Durchschnitt liegt. Während viele Erkenntnisse des Berichts ermutigend sind, zeigen die Ergebnisse des WIPP-Index gleichzeitig aber auch auf, wo es Defizite gibt und wo mehr getan werden muss, um die Integration der Frauen in der Politik zu verbessern. Ein Beispiel, das im Bericht hervorgehoben wird, ist die Tatsache, dass zwar viele Parteien einen Verhaltenskodex haben, aber nicht über effiziente Verfahren für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Belästigung und Diskriminierung verfügen.

LI und FNF engagieren sich seit vielen Jahren für die Förderung der Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen. Studien wie diese leiten uns in unseren zukünftigen Aktivitäten, indem Trends und Herausforderungen in Bezug auf die Gleichstellung in der Politik identifiziert werden. Mithilfe dieser Identifikation kann das Ziel, die Gleichstellung der Frau, besser verfolgt und letztendlich erreicht werden.



SUBSAHARA-AFRIKA

LET'S TALK HUMAN RIGHTS!

16 TAGE AKTIVISMUS

MIT BARBARA ITUNGO KYAGULANYI



Die Stärkung der Frauenrechte in Sub-Sahara Afrika ist ein Ziel der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF). Im populären Podcast der FNF „Let's Talk Human Rights“ schildert eine wichtige Stimme Ugandas, Barbara Itungo Kyagulanyi, ihren Lebensweg – als Aktivistin, Frau des beliebtesten Oppositionspolitikers des Landes und einfache Bürgerin.

In diesem Podcast lässt sie ihre beängstigende Begegnung mit dem Militär wiederaufleben, die sich kurz nach den Parlamentswahlen im Januar 2021 ereignete. Sowohl Barbara als auch ihr Mann Bobi Wine wurden elf Tage unter Hausarrest gestellt. Sie erhielten kaum Lebensmittel oder Wasser, hatten keinen Strom und ihre Telefone wurden konfisziert. Barbara wurde außerdem Opfer körperlicher Gewalt durch die Soldaten. All dies ereignete sich, während sich Barbaras 2-jährige Nichte in ihrer Obhut befand.

Später im Podcast spricht Barbara über die konserватive Erziehung junger Mädchen, die bis heute in Uganda vorherrscht und ihrer Meinung nach traditionelle Geschlechterrollen und Stereotypen zementiert.

Barbara skizziert ihre Vision eines Ugandas, das sie sich für ihre und alle Kinder Ugandas wünscht. Ein Uganda, wo Kinder das Recht haben, Kinder zu sein, ganz ohne die Belastungen, mit denen sie heute leben. Wo sie Chancengleichheit erfahren, um ihr volles Potenzial zu entwickeln.

Kinderarbeit ist in Uganda weit verbreitet, von dem vor allem junge Mädchen betroffen sind, die nicht zur Schule gehen und keinen Abschluss machen. Das steht in direkter Verbindung zu vermehrten Teenager-Schwangerschaften. Und diese wiederum benachteiligen die Mädchen zusätzlich, da sie selten, wenn überhaupt, wieder zur Schule zurückkehren. Die Arbeit, die Barbara mit ihrer Organisation Caring Hearts Foundation leistet, bietet jungen Mädchen die Möglichkeit, ihre Stärken und Unabhängigkeit durch verschiedene Weiterbildungsinitiativen zu finden.



Podcast – Barbara Itungo Kyagulanyi spricht über Menschenrechtsverstöße in ihrem Heimatland Uganda

**Das Interview
mit Masih Alinejad
finden Sie hier.**



IRAN

INTERVIEW MIT MASIH ALINEJAD

Wer ist Masih Alinejad?

Masih ist eine iranisch-amerikanische Journalistin im Exil, die nun in New York lebt, wo sie weiter gegen die religiöse Diktatur in ihrem Heimatland Stellung nimmt. Ihr Widerstand gegen Teherans autoritäres religiöses Regime führte 2009 zu ihrer Ausweisung aus dem Iran. Sie ist seitdem zu einer internationalen Expertin in den sozialen Medien geworden, stellt iranischen Frauen Kommunikationsplattformen zur Verfügung, um ihre Kopftuch-freien Fotos und Videos zu feiern, und ermutigt weitere Ausdrucksformen der persönlichen Freiheit.

FNF Lateinamerika und das "Liberal Network for Latin America" sprachen mit der bekannten iranischen Frauenrechtsaktivistin.

Was hat dich dazu bewegt, deinen Widerstand offen zu äußern?

Masih Alinejad: Du musst dich entscheiden, ob du ins Gefängnis gehst oder ob du in einem größeren Gefängnis namens Iran bleibst. Freiheit ist nicht umsonst [...]. Wenn wir stumm bleiben, sterben wir ganz langsam, ohne Würde. Werden wir laut, wissen wir wenigstens, dass wir uns gegen die Unterdrückung zur Wehr gesetzt haben.

Vielleicht glauben Sie, dass ich nicht länger in Gefahr bin, weil ich den Iran verlassen habe. Dass ich außerhalb des Landes sicher bin. Aber dem ist nicht so. Noch immer muss ich mich entscheiden: in Sicherheit sein, stumm bleiben, mein Leben genießen oder an die Millionen von Frauen denken, die mich bitten, ihre Stimme zu sein. Und diese Stimme will ich sein. Aus diesem Grund erhalte ich selbst außerhalb des Irans täglich Drohungen.

Was macht Menschen so viel Angst vor einer Frau, die Geschichten von anderen Frauen im Iran schildert?

Masih Alinejad: Sie haben Angst vor Frauen – die Taliban, der IS, die Islamische Republik. Sie alle haben Angst vor freien Frauen [...].

Sie haben Waffen und Munition; sie haben Gefängnisse; sie haben Macht; sie haben alle Medien. Sie haben alles. Sie können dich umbringen; sie können dich foltern; sie können dich hinrichten.



Wir haben keines dieser Dinge: Wir haben keine staatlichen Medien; wir töten keine Menschen; wir erhängen keine Menschen; wir foltern keine Menschen; wir haben keine Gefängnisse. Aber wir haben unsere Worte; wir haben unsere sozialen Medien. Wir haben Würde. Das ist es, was ihnen Angst macht: Dass wir uns für unsere Würde stark machen.

Es geht nicht um mich. Sie haben Angst vor unserer Geschlossenheit.

Es fragen wohl viele Männer

**„warum sprichst du über den Hijab?
Wir haben so viel größere Probleme“.
Kannst du etwas dazu sagen?**

Masih Alinejad: Ja, auf jeden Fall. Ich möchte mich sehr deutlich ausdrücken: Ich kämpfe nicht gegen ein kleines Stück Stoff. Für mich ist das obligatorische Tragen eines Hijab der Hauptpfiler einer Geschlechterapartheid und einer religiösen Diktatur [...].

Wenn du gezwungen wirst, einen [Hijab] ab dem Alter von sieben Jahren zu tragen, heißt das, dass du nichts bist. Gleichzeitig wirst du nicht existieren, wenn du im Iran oder in Afghanistan keinen Hijab trägst.

Das zeigt, dass wir nicht gegen den Hijab oder einen kleinen Fetzen Stoff kämpfen. Wir kämpfen um unsere Existenz: wir wollen existieren und wir wollen Würde haben. Wir sind erwachsen genug, um Entscheidungen über unseren Körper zu treffen.



WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

- 40 **SÜDOSTASIEN**
UMWELT UND ARBEIT:
EIN LEITFADEN ZUR EINHALTUNG
DER MENSCHENRECHTE
- 41 **SRI LANKA**
STÄRKUNG DER MENSCHEN-
RECHTE DURCH LIEFERKETTEN
- 42 **ECUADOR**
POLITISCHE ÖKONOMIE UND
MENSCHENRECHTE IM FOKUS

SÜDOSTASIEN

UMWELT UND ARBEIT: EIN LEITFADEN ZUR EINHALTUNG DER MENSCHENRECHTE

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind unmissverständlich: Staaten müssen die Menschenrechte respektieren, schützen und erfüllen. Gleches gilt für Unternehmen, die ebenfalls Gesetze einhalten und die Menschenrechte respektieren müssen. Werden diese Rechte verletzt, muss es Rechtsbehelfe geben.

Ministerien und Compliance-Abteilungen großer Unternehmen verfügen über die nötigen Ressourcen, diesen Forderungen nachzukommen. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) ist die Durchsetzung der UN-Leitprinzipien schon schwieriger. Da KMUs jedoch die große Mehrheit jeder Volkswirtschaft ausmachen, sind ihre Menschenrechtspraktiken gleichermaßen, wenn nicht sogar noch wichtiger als die der Großunternehmen. „Ich habe mit Kundinnen und Kunden, mit der Betriebsleitung und mit Nachhaltigkeitsbeauftragten gesprochen. Viele von ihnen sind absolut gewillt, ihren Geschäfts- und Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen, wissen aber nicht wie“, erklärt Edmund Bon. Edmund ist einer von Malaysias prominentesten Menschenrechtsanwälten und, als regionaler Menschenrechtsaktivist, ein Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Südost- und Ostasien. 2020 hatte er die Idee, einen Leitfaden für KMUs zur Einhaltung der Menschenrechte zusammenzustellen – den „GuideKit for SMEs on Human Rights Compliance“. Edmund hat hierzu Fachleute um ihre Beiträge gebeten.

Nach zwei Jahren voller Gespräche, Entwürfe und Änderungen haben Edmonds Unternehmen AmerBon und die FNF den Leitfaden veröffentlicht. Er enthält acht Kapitel, die sich mit Themen wie Sorgfaltspflicht und interner Bewertung bis hin zu Umweltrisiken und fairer Personalbeschaffung befassen. Der Leitfaden beinhaltet eine Selbstbewertungsvorlage, eine Validierungsvorlage und eine Auswertungsvorlage. Schließlich beschreibt das Buch ein Verfahren für den Umgang mit Beschwerden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Schritte zur Behandlung von Problemen und Bedenken, die von externen Parteien vorgebracht werden. Kurzum: Dieses Buch unterstützt KMUs dabei, ihre Verpflichtungen zur Einhaltung und zum Schutz der Menschenrechte zu operationalisieren.



„Der Leitfaden ist der erste seiner Art. Er vereinfacht die anwendbaren Konzepte und Standards, enthält wichtige Instrumente und bietet Lösungen an, die KMUs übernehmen können“, schreibt Dr. Mohd Munir Bin Abdul Majid, der Vorsitzende des ASEAN Business Advisory Council. Le Thi Nam Huong, Leiterin der Menschenrechtsabteilung im ASEAN-Sekretariat, bezeichnet das Buch als „ein wertvolles Rahmenwerk, das Unternehmen dabei hilft, Menschenrechtsrisiken zu managen und negative Auswirkungen auf die Menschenrechte anzugehen. Dieser Leitfaden ist ein wichtiges Nachschlagewerk.“

Der Leitfaden
in englischer Sprache
zum Download.



SRI LANKA

STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTE DURCH LIEFERKETTEN

Das 21. Jahrhundert ist die globalisiertesten Epoche der Menschheitsgeschichte. Der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr hat zu einer verstärkten wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Ländern weltweit geführt. Die wirtschaftliche Verflechtung bringt jedoch nicht automatisch einen größeren globalen Wohlstand mit sich. Diesen zu erreichen stellt eine besondere Herausforderung dar, insbesondere, wenn im Sinne der unternehmerischen Sorgfaltspflicht Menschenrechte und Umweltstandards in den globalen Lieferketten eingehalten werden sollen. In den letzten Jahren haben sich vor allem Verbraucherinnen und Verbraucher für diese Standards über den gesamten Produktionszyklus hinweg eingesetzt. Deutschland, die USA und Frankreich sind diesen Forderungen bereits nachgegangen und haben sie gesetzlich verankert. Weitere Länder werden folgen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Sri Lanka nutzt diese Gelegenheit, um die Einführung, Aufklärung und Förderung der Sorgfaltspflicht zu unterstützen.



Besuch der Sri-lankischen Delegation in Berlin



**Während des Starts der Initiative für
nachhaltige Lieferketten in Sri Lanka**

Seit 2020 sensibilisiert die FNF Sri Lanka die Öffentlichkeit für die Bedeutung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht. Die Einhaltung der dort festgelegten Standards ist nicht nur an sich wertvoll, sondern auch gut für das Geschäft, da sie die Produktivität und die Produktqualität verbessert. Darüber hinaus ist die Einhaltung der Standards essentiell für den Export in westliche Märkte. Das gilt insbesondere für den deutschen Markt, in dem die Sorgfaltspflicht von Unternehmen gesetzlich vorgeschrieben ist. Nach deutschem Recht sind Unternehmen dazu verpflichtet, Menschenrechts- und Umweltrisiken in ihren Lieferketten zu überwachen. Aufgrund des erhöhten Interesses lokaler Unternehmen hat die FNF Sri Lanka im August 2022 ein Austauschprogramm mit Deutschland durchgeführt. An diesem waren wichtige Akteurinnen und Akteuren der sri-lankischen Exportindustrie, Forschende der Wirtschaftswissenschaft und/oder der Analytik sowie Journalistinnen und Journalisten beteiligt.

Als Folge des Deutschlandbesuchs wurde in Sri Lanka ein neues Sensibilisierungsprojekt von Wirtschaftsvertretungen sowie der sri-lankischen Regierung initiiert. Das Projekt stärkt das Bewusstsein und soll diejenigen Unternehmen auszeichnen, die sich um die Umsetzung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten bemühen. Die vielversprechenden Ergebnisse in Sri Lanka haben bereits zu ähnlichen ersten Schritten in Bangladesch geführt. Nun ist es das Ziel, sie im Geiste der Globalisierung auf die gesamte Region und weltweit auszudehnen.



**Logo der Initiative für nachhaltige
Lieferketten in Sri Lanka**

ECUADOR

POLITISCHE ÖKONOMIE UND MENSCHENRECHTE IM FOKUS

Zu Jahresbeginn hatte die Bevölkerung Ecuadors mit ungewöhnlichen Herausforderungen zu tun. Die ecuadorianischen Behörden schränkten die Mobilisierung und Durchführung von Gruppenveranstaltungen ein. Daraufhin rief das ecuadorianische „Instituto Ecuatoriano de Economía Política“ (Institut für Politische Ökonomie) gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNF) für die Andenländer sowie weiterer liberaler Organisationen zur vierten Auflage des LiberLABs auf. Das LiberLAB findet in Präsenz statt und ist ein umfangreiches Schulungsprogramm für junge Menschen. Ziel ist es, die Führungsqualitäten der Teilnehmenden im politisch-wirtschaftlichen Management sowie in der Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte zu stärken. Bestimmte Menschenrechte betreffen auch Bereiche des Arbeitslebens und der Wirtschaft.



Die Veranstaltung fördert Digitalisierung in einer Lernumgebung für liberale Werte

Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Regionen Ecuadors bekräftigten ihr Verständnis für die Grundsätze demokratischer, freier und offener Gesellschaften. Sie konnten sich ein Bild von den Möglichkeiten machen, die die Post-Covid19-Ära im Hinblick auf den Technologietransfer, die virtuelle Bildung durch Plattformen und zuletzt auch auf die Kreativwirtschaft eröffnet hat.



Teilnahme von renommierten Expertinnen und Experten

Zu den akademischen Vortragenden gehörten Expertinnen und Experten für Menschenrechte, Rechtsökonomie und IKT-Eigentum sowie Wirtschaftswissenschaftler mit Spezialisierungen auf industrielle Entwicklung, Rentensysteme, Handel, Finanzen und wirtschaftspolitische Analysen. Die diskutierten Themen reichten (unter anderem) von Frauenrechten, Umweltfragen, Informalität und Migration bis hin zur Frage „Warum scheitern Länder?“ sowie zur Entwicklung von Institutionen als Motor des Fortschritts. Emilia Morales, eine Teilnehmerin aus dem LiberLAB erklärte: „(...) es hat mir das nötige Know-how gegeben, um mich politisch weiterzuentwickeln und zu verstehen, dass Politik ein wichtiges Instrument in unserer Gesellschaft ist.“







RECHT AUF MENSCHEN- RECHTSBILDUNG

ODI
hov
V66V-

46 MALI

SCHUTZ DER
MENSCHENRECHTE

47 SENEGAL

STÄRKUNG DER
MENSCHENRECHTE

48 INDONESIEN

ÖFFENTLICHER DIENST UND
GEFÄNGNISVERWALTUNG

49 THAILAND

MICROSITE ZUM
INTERNATIONALEN ZIVILPAKT

50 TÜRKEI

SOMMERSCHULE
„INTERNATIONALER SCHUTZ
UND GEFLÜCHTETE“

51 EUROPA

WÄHLERINNEN UND
WÄHLER OHNE GRENZEN –
EINE FRANZÖSISCHE TESTWAHL

MALI

SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE



Die Mitglieder des Menschenrechtskommittees

Aufgrund der sich verschlechternden Menschenrechtssituation in Mali muss es dringend mehr geschulte Menschenrechtsexpertinnen und -experten geben. Diese Fachleute müssen in der Lage sein, Rechtsdokumente zu Menschenrechtsverletzungen auf der Grundlage internationaler Konventionen und der jeweiligen nationalen Gerichtsbarkeit zu erstellen. Damit Menschenrechtspraktikerinnen und -praktiker die Beziehung zwischen der nationalen malischen Gerichtsbarkeit und dem internationalen Strafrecht verstehen, haben Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Westafrika und die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) von Mali eine Schulung angeboten, um Menschenrechtspraktizierende in einem dreitägigen Workshop in Bamako weiterzubilden. Alle 35 Teilnehmende waren professionelle

Anwältinnen und Anwälte, die meisten arbeiteten in der Verteidigung mit einem Menschenrechtsbezug. Außerdem arbeiten sie eng mit der CNDH zusammen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen, die ausschließlich im internationalen rechtlichen Rahmen eingeleitet werden können.

Die Schulung förderte die Kenntnisse zu Menschenrechtsverfahren im Allgemeinen. Die Arbeit der CNDH von Mali, der zurzeit einzigen unabhängigen Menschenrechtsorganisation des Landes, die international anerkannt ist, wurde besonders betont. In der extrem explosiven Situation in Mali demonstriert dieses Projekt die Entschlossenheit der FNF, den Schutz von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten zu fördern.



Teilnehmende des FNF-Workshops über die Berücksichtigung internationaler Straftaten durch nationale Rechtssprechung

SENEGAL

STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTE



„Justice and Rule of Law“, lautete der Titel der vier-tägigen Schulung für senegalesische Vertreter der Justiz sowie Anwältinnen und Anwälte. Die Schulung wurde von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF), der in Straßburg ansässigen Stiftung „Rene Cassin-International Institute for Human Rights“, dem obersten senegalesischen Gerichtshof und der „Dakar Bar Association“ veranstaltet. Ziel war es, einen intensiven Schulungskurs zu internationalem Strafrecht und Menschenrechten für bereits hochqualifizierte Fachleute

anzubieten. Im Rahmen der Fortbildung hielten internationale Expertinnen und Experten Vorträge zu den wichtigen internationalen Menschenrechtsverträgen, zur völkerrechtlichen Verpflichtung dieser Verträge und über deren Übernahme in den senegalesischen Rechtsrahmen. Der Workshop festigte das Verständnis der Teilnehmenden für alle diese Punkte, für die neuen Herausforderungen, die den internationalen Schutz von Menschenrechten betreffen sowie für die Anwendung des internationalen Strafrechts.



Teilnehmende bei der Eröffnung
des Expertenworkshops im Obersten
Gerichtshof des Senegals

INDONESIEN

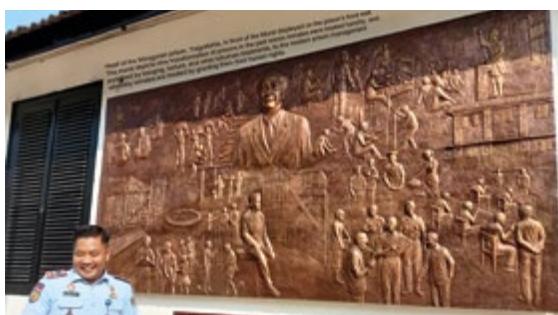
ÖFFENTLICHER DIENST UND GEFÄNGNISVERWALTUNG

Infolge des anhaltenden autoritären Regimes in Indonesien mangelt es einigen Regierungsbeamten und öffentlichen Bediensteten an Kenntnissen von Menschenrechten. Aus diesem Grund haben die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Jakarta und Indonesiens Ministerium für Justiz und Menschenrechte zusammengearbeitet, um Menschenrechte in der öffentlichen Politik umzusetzen.

Indonesien hat einen Nationalen Menschenrechts-aktionsplan. Beamte des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte bewerten den öffentlichen Dienst jährlich auf den Schutz, die Achtung und Gewährleistung von Menschenrechten. Die Umsetzung von Menschenrechten in der Politik wurde früher zwar belohnt, war allerdings keine allgemeine Forderung. Jetzt ist es Vorschrift und wird auf internationaler Ebene von den Vereinten Nationen geprüft.



**Ausstellung mit Grafiken
zur Geschichte der Gefängnisse**



**Der Leiter des Wirogunan-Gefängnisses
vor einem Gemälde an der Stirnwand
des Gefängnisses**

Im August 2022 haben die FNF und das Ministerium einen Workshop in Yogyakarta mit Beamten der Generaldirektion für Menschenrechte und Provinzbeauftragten abgehalten. Viele der Insassen in Yogyakarta besuchen Aktivitäten zur Kapazitätsbildung, wie z. B freiwillige Religionskurse zu islamischen, protestantischen oder katholischen Lehren. Zu den weiteren Aktivitäten zur Kapazitätsbildung gehören Kochen, Handwerkskurse, Gärtnern oder Schweißen. Darüber hinaus sind manche Gefängnisse mit Warteräumen für Besuchende ausgestattet, in denen es einen Wickelraum und Einrichtungen für Kinder gibt. Häftlinge, die früh die Schule abgebrochen haben, können ergänzende Mittel- oder Hochschulklassen besuchen. Die Teilnahme und die guten Leistungen der Insassen wirken sich bei Bewährungsgesuchen und der Reduzierung der Haftzeit vorteilhaft aus. Die FNF und das Ministerium haben gemeinsam Programme in mehreren indonesischen Provinzen wie West-Kalimantan, Süd-Sulawesi und Riau durchgeführt.



**Insassen des Wirogunan-Gefängnisses
beim Sortieren von Wäsche**

THAILAND

MICROSITE ZUM INTERNATIONALEN ZIVILPAKT BÜRGERLICHE UND POLITISCHE RECHTE SPIELERISCH ERLERNEN

Ist es gerecht, wenn eine Regierung ihre Bürgerinnen und Bürger daran hindert, in Zeiten einer globalen Pandemie wieder in ihr Land einzureisen? Müssen Behörden die Verwandten darüber informieren, wo Verdächtige inhaftiert werden? Darf die Polizei genetische Informationen von Bürgerinnen und Bürgern sammeln, die in Grenznähe leben?



**Junge Menschen in Thailand
entdecken die neue Microsite**

Fragen wie diese sind Teil eines digitalen Quiz einer neuen Website, die das Thailand-Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) zusammen mit der Nationalen Menschenrechtskommission von Thailand (NHRCT) entwickelt hat. Die Website wurde am 1. September 2022 gestartet, um das 23-jährige Jubiläum der Kommission zu feiern. Beide Organisationen werden dieses Tool als zentralen Teil ihrer Bildungsstrategie nutzen.

Das FNF Thailand-Büro hat eine lange Tradition, um junge Menschen für Menschenrechte zu sensibilisieren. Das Team arbeitet mit innovativen Ansätzen, wie selbstentwickelten Karten- und Rollenspielen. Mit der neuen Website – einer schlankeren Microsite – verfügt es nun auch über ein digitales Instrument, um das Bewusstsein,



insbesondere für den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (kurz ICCPR, bzw. Zivilpakt), zu stärken. Das multilaterale Abkommen verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, persönliche Freiheiten und Wahlrechte zu respektieren sowie das Recht auf ein ordnungsgemäßes und faires Verfahren zu achten.

Die Microsite ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil bietet allgemeine Informationen zum ICCPR und dazu, wie Bürgerinnen und Bürger ihn nutzen können, um zu garantieren, dass ihre Rechte geschützt werden. Der zweite Teil enthält ein Quiz, das auf 30 realistischen Szenarien basiert, um das Wissen und die Standpunkte der Spielenden zu testen. Nach der Abgabe der eigenen Antworten können Teilnehmende sowie Pädagoginnen und Pädagogen sehen, wie andere bei ihren Antworten durchschnittlich abgeschnitten haben. Das erlaubt es den Ausbildenden, Diskussionen anzuregen und Wissenslücken sowie Missverständnisse bezüglich politischer und bürgerlicher Rechte aufzudecken.

Thailand ist ein Vertragsstaat des Zivilpakts. Doch zivilgesellschaftliche Organisationen und die Vereinten Nationen drängen immer wieder auf einen besseren Schutz der zugesicherten Rechte und Freiheiten. FNF Thailand und die Menschenrechtskommission sind davon überzeugt, dass die Microsite Thailands Politikerinnen und Politiker dazu anregen wird, die Umsetzung des Zivilpakts zu verbessern, indem sie das Bewusstsein der Bevölkerung für Menschenrechte erhöht.

TÜRKEI

SOMMERSCHULE „INTERNATIONALER SCHUTZ UND GEFLÜCHTETE“

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) bietet seit 2020 Kurse zu grundlegenden Menschenrechtsthemen in der Türkei an. Im Juli 2022 konnte die diesjährige Sommerschule zum Thema „Internationaler Schutz und Geflüchtete“ zum ersten Mal als physisches Event in Çeşme abgehalten werden. Akademischer Leiter und Moderator des Kurses war Prof. Olgun Akbulut, Rechtsprofessor an der Kadir Has Universität und Mitinitiator der FNF-Menschenrechtsakademie. Das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Izmir – einer türkischen Region, in der besonders viele Flüchtlinge leben – war Mitveranstalter. Auch das „Mülkiye Migration Research Center“ an der Universität von Ankara beteiligte sich daran und wurde durch den Flüchtlingsforscher Prof. Murat Erdogan vertreten.



**Gruppendiskussionen
in der Sommerschule**



Präsentation der Gruppenarbeit

Die viertägige Sommerschule richtete sich an junge Fachkräfte aus ganz Europa und darüber hinaus. Mit mehr als 500 Bewerbungen stieß das Angebot auf eine überwältigende Nachfrage. Die 20 ausgewählten Teilnehmenden kamen aus Georgien, Griechenland, Bulgarien, Libanon, Ungarn, Spanien, Syrien, Italien, Polen, Bosnien und Herzegowina und der Türkei. Unter ihnen waren Promovierende, Flüchtlingsanwältinnen und -anwälte, NGO-Mitarbeitende sowie Menschen mit eigenen Erfahrungen als Geflüchtete. Gemeinsam haben sie ihr Wissen von universellen Menschenrechten und internationalem Flüchtlingsrecht vertieft. Sie gewannen Einblicke in das Migrationsmanagement der Vereinten Nationen und in die Situation der Flüchtlinge in der Türkei.

Drängende Fragen, wie die Zurückweisung von Flüchtlingen an den Außengrenzen der Europäischen Union oder die Absicherung von Fluchtrouten, wurden engagiert erörtert. Die Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit, um mit den zahlreichen Referierenden zu sprechen und von den persönlichen Erfahrungen der Migrationsexpertinnen und -experten zu lernen. Bei den Vorträgen, in der Gruppenarbeit und bei den Fragerunden brachten sie ihr eigenes Know-How und ihre Erfahrungen ein und bereicherten die Debatte durch die vielen unterschiedlichen, nationalen Perspektiven. Zu guter Letzt haben sie ihr Netzwerk um Fachkundige aus anderen Ländern erweitert, die sich für einen Menschenrechtsansatz im Umgang mit Flüchtlingen und Migration einsetzen.



**Der letzte Abend
der Sommerschule**

EUROPA

WÄHLERINNEN UND WÄHLER OHNE GRENZEN – EINE FRANZÖSISCHE TESTWAHL

Zurzeit werden Wahlrechte in der EU nur teilweise gewährt. In 13 der 27 EU-Mitgliedstaaten ist es Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern nicht gestattet, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Mobile EU-Bürgerinnen und -bürger sowie Drittstaatsangehörige sind generell von nationalen Wahlen ausgeschlossen. Das Büro für Europäischen Dialog der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) unterstützt schon seit zwei Jahren die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Voters Without Borders“ (Wähler ohne Grenzen), die von der ECIT Foundation (European Citizens' rights, Involvement & Trust) organisiert wird. Die EBI ist der Ansicht, dass partielle Wahlrechte ein Hindernis für Beteiligung und Demokratie sind. Im Rahmen der Projektaktivitäten organisierte „Wähler ohne Grenzen“ am 23. April 2022 vor den Präsidentschaftswahlen in Paris eine Scheinwahl, um angesichts des französischen Vorsitzes im Europäischen Rat und der bedeutenden Auswirkungen der Wahl – sowohl für Frankreich als auch für die EU – auf das partielle Wahlrecht aufmerksam zu machen. Denn sowohl mobile EU-Bürgerinnen und -Bürger als auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger waren nicht berechtigt, im April bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu wählen. Das Hauptziel der Scheinwahl bestand darin, die Aufmerksamkeit auf den Ausschluss mobiler

EU- und Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger von der Ausübung ihres Wahlrechts zu lenken. Der Ausschluss findet statt, obwohl diese Personen Steuern zahlen und ihren Wohnsitz in Frankreich haben. Während einige argumentieren, dass eine Gewährung des Wahlrechts für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger die Innenpolitik störend beeinflussen würde, würde dies die Wahlen nach unserer Ansicht doch eher legitimieren und die Demokratie stärken.



In vier Wahllokalen in Paris wurden Bürgerinnen und Bürger zunächst gefragt, ob sie französische Staatsangehörige, mobile EU-Bürgerinnen und -Bürger oder Drittstaatsangehörige seien. Sie erhielten dann entweder einen Stimmzettel mit den französischen Präsidentschaftskandidaten (für nicht-berechtigte französische Einwohner) oder das Referendum (für französische Einwohner), abhängig davon, wie sie auf die Frage nach ihrer Nationalität geantwortet haben. Beim Referendum wurde gefragt, ob alle französischen Einwohner zu regionalen, nationalen oder Europäischen Wahlen berechtigt sein sollten, was jeweils mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden konnte. Insgesamt nahmen 433 französische Bürgerinnen und Bürger am Referendum teil, deren überwältigende Mehrheit das Wahlrecht für mobile EU-Bürgerinnen und -Bürger unterstützte. Nicht-wahlberechtigte Einwohner waren außerdem gewillter, Emmanuel Macron zu wählen (156) oder einen leeren Stimmzettel abzugeben (62), als für die Kandidatin der Rechten, Marine le Pen, zu stimmen (8).



IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
 Truman Haus
 Karl-Marx-Straße 2
 14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org
 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit
 /FNFREIHEIT


Redaktion

Fachbereich Wissenschaft und Politische Strategie
 Abteilung Globale Themen
 Dr. Michaela Lissowsky
 Leitung, Abteilung Globale Themen
 Dr. Salim Amin
 Themenmanager Menschenrechte &
 internationale Rechtsstaatsfragen
 Elena Baum
 Praktikantin, Abteilung Globale Themen;
 Liberales Institut

Kontakt

Telefon: +49 30 22 01 26 34
 Telefax: +49 30 69 08 81 02
 E-Mail: service@freiheit.org

Stand

Dezember 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).



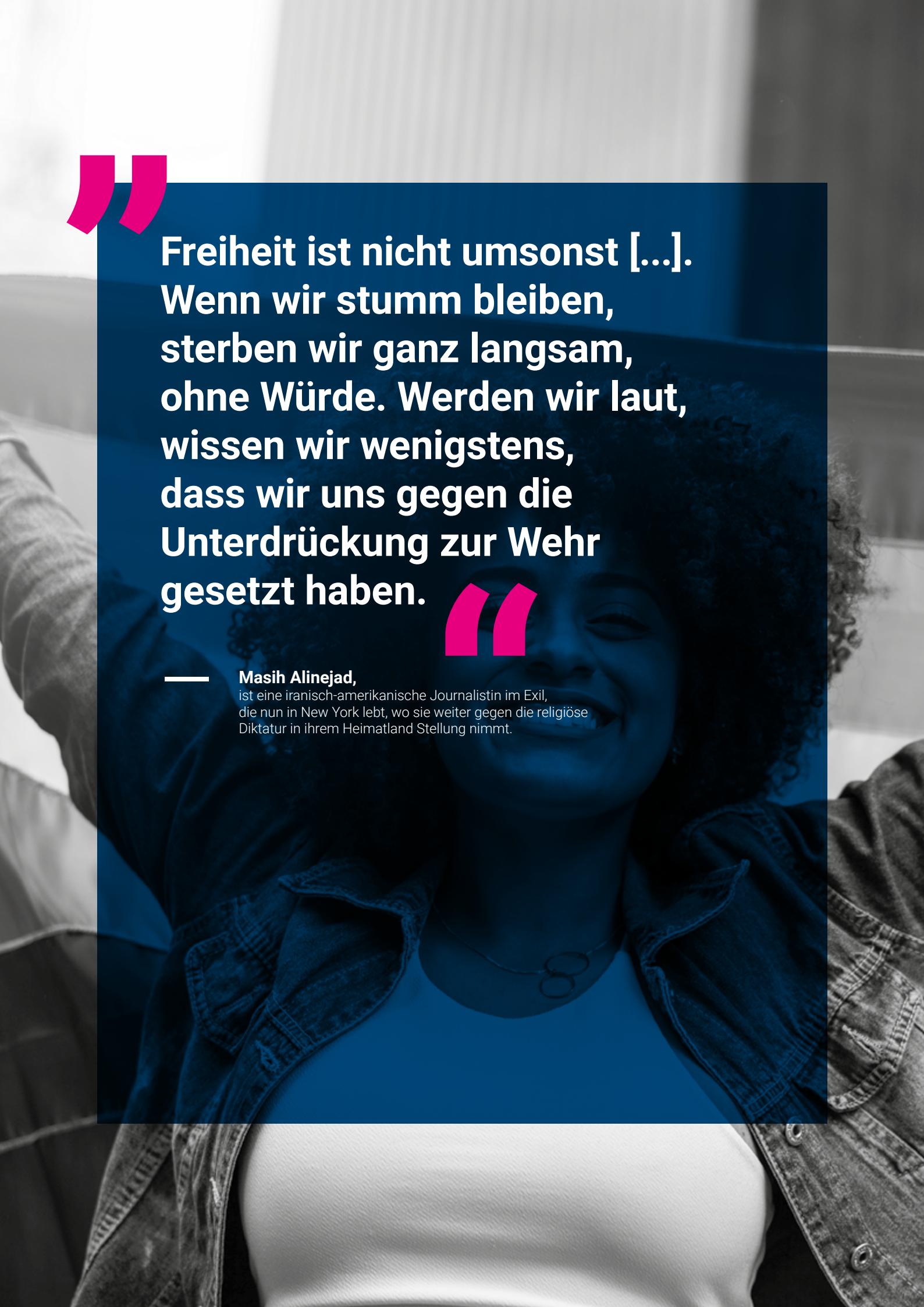
Weitere Inhalte finden
 Sie auf unserer Website

Bildverzeichnis nach Seiten

- Cover: ©Drazen_/ GettyImages
- 2/3: © FG Trade/ GettyImages
- 4: ©Tobias Koch
- 8: © LordHenriVoton/ GettyImages
- 10: © FNF
- 11: © Adrian Zenz, Teil der Xinjiang Polizeidokumente
xinjiangpolicefiles.org
- 12: © Oswaldo López (2021)
- 13: © Akhtar Shah; ©Zunar
- 14: © FNF Andean Countries; ©Photo by Cristian Hernández;
 © Photo by Un Estado de Derecho (UED)
- 15: © FNF Project 39-A 2021
- 16: © Nes / GettyImages
- 18: © Photo Credit –Htet Aung Portrait
- 19: © FNF Philippinen
- 20: © Image by AbsolutVision on Unsplash/;
 © Image by Jakob Rosen on Unsplash/
- 21: © Sedat Suna; ©Ozan Acidere; ©Vedat Örüç
- 22: © FNF; Busakorn Pongparnit/ GettyImages
- 23: © Platform to Protect Whistleblowers in Africa (PPLAAF)
- 24: © Cavan Images / GettyImages
- 26: © Political Capital
- 27: © FNF; FG Trade/ GettyImages
- 28: Image by Ajay Mahato from India ©FNF South Asia/;
 Image by Aaditya Rai from Nepal ©FNF South Asia/;
 Image by Rumi Harish from India ©FNF South Asia;
 © FNF South Asia
- 29: © FNF Pakistan; ©Birgit Lamm
- 30: © Maskot / GettyImages
- 32: © FNF
- 33: © FNF Romania
- 34: © FNF Moldova
- 35: tommy/ GettyImages; Maskot/ GettyImages
- 36: YASUYOSHI CHIBA / Kontributor/ GettyImages;
- 37: ©Jemal Countess / Freier Fotograf/ GettyImages
- 38: © Corey Mckown / EyeEm / GettyImages
- 40: © FNF Southeast and East Asia
- 41: ©FNF Sri Lanka
- 42: © FNF Países Andinos
- 43: © Andriy Onufriyenko / GettyImages
- 44: © Paula Bronstein / Staff / GettyImages
- 46: © FNF Mali; Krasimira Nevenova / EyeEm
- 47: © FNF Senegal
- 48: © FNF Jakarta
- 49: © NHRCT (National Human Rights Commission Thailand)
- 50: © FNF Turkey
- 51: © Voters Without Borders; Philippe Turpin/ GettyImages
- 53: © FG Trade/ GettyImages

Alle anderen Fotos:

© Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



**Freiheit ist nicht umsonst [...].
Wenn wir stumm bleiben,
sterben wir ganz langsam,
ohne Würde. Werden wir laut,
wissen wir wenigstens,
dass wir uns gegen die
Unterdrückung zur Wehr
gesetzt haben.**

— **Masih Alinejad,**

ist eine iranisch-amerikanische Journalistin im Exil,
die nun in New York lebt, wo sie weiter gegen die religiöse
Diktatur in ihrem Heimatland Stellung nimmt.



Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

www.menschenrechte.freiheit.org

Hier QR-Code scannen und
online mehr erfahren

